



Evangelische Verantwortung

30. EAK-Bundestagung, 20.–21. Oktober 1989

„Deutschland in Europa – Chance und Verpflichtung“

Gerhard Stoltenberg

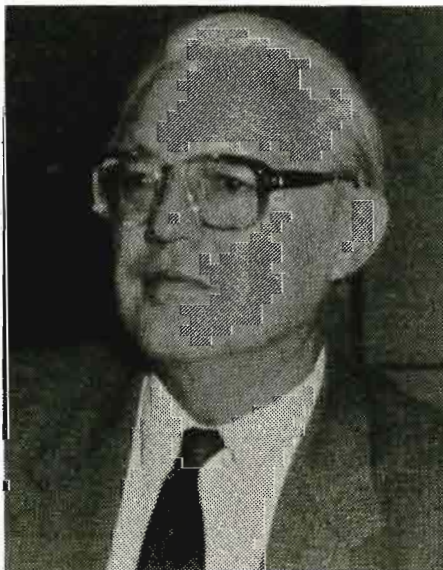
Die Analyse der gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen, in der wir als Christliche Demokraten unsere Weltverantwortung wahrzunehmen haben, verdeutlicht die Notwendigkeit eines gesamtpolitischen Ansatzes. Eine alleinige Konzentration auf bestimmte Waffensysteme oder die Verengung unseres Blickwinkels auf Abrüstung und Rüstungskontrolle greifen zu kurz. So wichtig diese Bereiche auch sind, sie sind immer nur ein Element, nicht aber Ersatz oder Motor für ein Fortkommen des Ost-West-Verhältnisses.

Fragen der Sicherheit sind zunächst und vor allem politisch zu beantworten. Dies gilt besonders für eine Zeit angestrebter Rüstungsreduzierungen. Die von uns gewollte europäische Architektur des Wandels in Stabilität erfordert daher weitergehende Antworten, vor allem auf den Gebieten Menschenrechtspolitik, Ökonomie und Ökologie sowie kultureller Austausch.

Evangelische Kirche als moralische Instanz gefordert

Teile der evangelischen Kirchen sind von dieser Entwicklung überrascht worden. Einige kirchliche Gruppierungen haben durch ihre vorrangige Beschäftigung mit Rüstung und Raketen, mit ihrer Kritik an unserer Politik für den Frieden in staatlicher Freiheit zumindest teilweise den Anschluß an die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in West- und Osteuropa verloren. Auch die Diskussionen um die Deutsche Frage, um die Reformbedürftigkeit der DDR, haben in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik bislang wenig Widerhall gefunden. Mehr noch, an diesen Diskussionen haben – so schreibt die „Frankfurter Allgemeine“ am 6. Oktober – die Kirchen als die „moralischen Instanzen in der Bundesrepublik, die in fernen Weltgegenden immer wohlfeilen Rat wissen ... den geringsten Anteil“. Man muß diese Kritik nicht völlig teilen, aber heute gilt es für den Protestantismus, sich den Veränderungen zu stellen und mit seiner ihm eigenen Gestaltungskraft politische Impulse zu geben ...

... Zweifellos haben sich aus der Entwicklung der Nachkriegszeit, die zur Teilung der deutschen Nation führte, für uns Deutsche, und hier in besonderem Maße für die evangelische Kirche, Probleme bei der eigenen Identitätsbestimmung ergeben. „Im Spannungsfeld der nationalen Frage“ – so der ehemalige Vizepräsident der EKD-Kanzlei und Mitverfasser der berühmten Ostdenkschrift, Erwin Wilkens, – galt es zwischen der doppelten Orientierung der Bundesrepublik Deutschland eine Brücke zu bauen. Diese doppelte Orientierung besteht bis heute einerseits aus der Sicherung der neuen deutschen Demokratie und ihrer Einbindung in die



Dr. Gerhard Stoltenberg

Liebe Leser,

im Augenblick überstürzen sich die Ereignisse in der DDR. Deutschland ohne Grenzen, das war bis vor kurzem noch unvorstellbar. Eine solche Entwicklung konnte niemand während unserer Bundestagung in Nürnberg vorhersehen. Um so erfreulicher ist, daß manches, was dort als Wunsch und Hoffnung vorgetragen wurde, inzwischen Realität geworden ist.

In unserer Ausgabe drucken wir Ausschnitte aus den Hauptvorträgen ab, um denen, die nicht dabei sein konnten, Einblick in die über „Deutschland in Europa“ geführte Diskussion zu geben. Leider werden wir mit den Redeauszügen den Referenten viel zu wenig gerecht. Daher schicken wir Ihnen auf Anforderung die vollständigen Texte gerne zu.

Trotz der erfreulichen Wende in der DDR kommen gegenwärtig immer noch Tausende in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung. Das Diakonische Werk hat alle Bundesbürger zur freiwilligen Hilfe bei der Betreuung der Übersiedler in Übergangsheimen gebeten. Vielleicht erkundigen Sie sich in Ihrem Gemeindebüro über Möglichkeiten der Mitarbeit. Die CDU schlägt im Rahmen ihrer laufenden Aktion „Willkommen“ vor, Patenschaften zu übernehmen. Bei der Vermittlung hilft Ihnen die Kommunalpolitische Vereinigung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn gern weiter.

Anfang des Monats fand in Bad Krozingen die 6. Tagung der 7. Synode der EKD statt. Lebhaft und kontrovers wurde nicht nur über das Schwerpunktthema „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ diskutiert. Wir drucken Auszüge aus der Beschlußvorlage ab, die – mit einigen theologischen Ergänzungen – verabschiedet wurde, und geben wichtige Passagen aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden, Martin Kruse, wieder.

Ihre Redaktion



Evangelische Verantwortung

30. EAK-Bundestagung, 20.–21. Oktober 1989

„Deutschland in Europa – Chance und Verpflichtung“

Gerhard Stoltenberg

Die Analyse der gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen, in der wir als Christliche Demokraten unsere Weltverantwortung wahrzunehmen haben, verdeutlicht die Notwendigkeit eines gesamtpolitischen Ansatzes. Eine alleinige Konzentration auf bestimmte Waffensysteme oder die Verengung unseres Blickwinkels auf Abrüstung und Rüstungskontrolle greifen zu kurz. So wichtig diese Bereiche auch sind, sie sind immer nur ein Element, nicht aber Ersatz oder Motor für ein Fortkommen des Ost-West-Verhältnisses.

Fragen der Sicherheit sind zunächst und vor allem politisch zu beantworten. Dies gilt besonders für eine Zeit angestrebter Rüstungsreduzierungen. Die von uns gewollte europäische Architektur des Wandels in Stabilität erfordert daher weitergehende Antworten, vor allem auf den Gebieten Menschenrechtspolitik, Ökonomie und Ökologie sowie kultureller Austausch.

Evangelische Kirche als moralische Instanz gefordert

Teile der evangelischen Kirchen sind von dieser Entwicklung überrascht worden. Einige kirchliche Gruppierungen haben durch ihre vorrangige Beschäftigung mit Rüstung und Raketen, mit ihrer Kritik an unserer Politik für den Frieden in staatlicher Freiheit zumindest teilweise den Anschluß an die gegenwärtigen Veränderungsprozesse in West- und Osteuropa verloren. Auch die Diskussionen um die Deutsche Frage, um die Reformbedürftigkeit der DDR, haben in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik bislang wenig Widerhall gefunden. Mehr noch, an diesen Diskussionen haben – so schreibt die „Frankfurter Allgemeine“ am 6. Oktober – die Kirchen als die „moralischen Instanzen in der Bundesrepublik, die in fernen Weltgegenden immer wohlfeilen Rat wissen ... den geringsten Anteil“. Man muß diese Kritik nicht völlig teilen, aber heute gilt es für den Protestantismus, sich den Veränderungen zu stellen und mit seiner ihm eigenen Gestaltungskraft politische Impulse zu geben ...

... Zweifellos haben sich aus der Entwicklung der Nachkriegszeit, die zur Teilung der deutschen Nation führte, für uns Deutsche, und hier in besonderem Maße für die evangelische Kirche, Probleme bei der eigenen Identitätsbestimmung ergeben. „Im Spannungsfeld der nationalen Frage“ – so der ehemalige Vizepräsident der EKD-Kanzlei und Mitverfasser der berühmten Ostdenkschrift, Erwin Wilkens, – galt es zwischen der doppelten Orientierung der Bundesrepublik Deutschland eine Brücke zu bauen. Diese doppelte Orientierung besteht bis heute einerseits aus der Sicherung der neuen deutschen Demokratie und ihrer Einbindung in die



Dr. Gerhard Stoltenberg

Liebe Leser,

im Augenblick überstürzen sich die Ereignisse in der DDR. Deutschland ohne Grenzen, das war bis vor kurzem noch unvorstellbar. Eine solche Entwicklung konnte niemand während unserer Bundestagung in Nürnberg vorhersehen. Um so erfreulicher ist, daß manches, was dort als Wunsch und Hoffnung vorgetragen wurde, inzwischen Realität geworden ist.

In unserer Ausgabe drucken wir Ausschnitte aus den Hauptvorträgen ab, um denen, die nicht dabei sein konnten, Einblick in die über „Deutschland in Europa“ geführte Diskussion zu geben. Leider werden wir mit den Redeauszügen den Referenten viel zu wenig gerecht. Daher schicken wir Ihnen auf Anforderung die vollständigen Texte gerne zu.

Trotz der erfreulichen Wende in der DDR kommen gegenwärtig immer noch Tausende in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung. Das Diakonische Werk hat alle Bundesbürger zur freiwilligen Hilfe bei der Betreuung der Übersiedler in Übergangsheimen gebeten. Vielleicht erkundigen Sie sich in Ihrem Gemeindebüro über Möglichkeiten der Mitarbeit. Die CDU schlägt im Rahmen ihrer laufenden Aktion ‚Willkommen‘ vor, Patenschaften zu übernehmen. Bei der Vermittlung hilft Ihnen die Kommunalpolitische Vereinigung im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn gern weiter.

Anfang des Monats fand in Bad Krozingen die 6. Tagung der 7. Synode der EKD statt. Lebhaft und kontrovers wurde nicht nur über das Schwerpunktthema „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ diskutiert. Wir drucken Auszüge aus der Beschlußvorlage ab, die – mit einigen theologischen Ergänzungen – verabschiedet wurde, und geben wichtige Passagen aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden, Martin Kruse, wieder.

Ihre Redaktion

freien Demokratien des Westens und andererseits im verfassungsmäßigen Auftrag nach staatlicher Einheit in Freiheit. Unsere Politik war darauf bedacht, die Folgen der Teilung zu lindern und zugleich eine Perspektive zur Überwindung dieser Teilung für die Zukunft zu entwickeln.

Die Ausgangssituation vor 40 Jahren war denkbar schwierig. Wir mußten in einem geteilten, zerstörten Land unsere Wirtschaft aufbauen und zugleich politische Stabilität erreichen. Außenpolitisch galt es, durch einen besonnenen und zugleich klaren, für unsere Nachbarn berechenbaren Kurs wieder Vertrauen zu gewinnen und aus der Besatzungsherrschaft zu Partnerschaft mit den westlichen Demokratien zu kommen.

Gerade in dieser Anfangszeit wäre die erfolgreiche Entwicklung der Bundesrepublik ohne die evangelische Kirche nicht denkbar gewesen. Die Stunde „Null“ war zugleich die „Stunde der Kirche“ wie der bayerische Landesbischof, Hans Meiser, 1945 an seine Pfarrer schrieb. Beide Kirchen gehörten zu den wenigen moralischen Autoritäten, die einer verirrt Nation wieder eine Werte- und politische Orientierung geben konnten. Mit der Stuttgarter Schuldklärung und mit dem Wirken bedeutender Protestanten außerhalb Deutschlands trug die evangelische Kirche zugleich viel zur Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit des deutschen Volkes im Ausland bei. Darüber hinaus wurde mit der Stuttgarter Erklärung die im Kirchenkampf vollzogene Neuentdeckung von Staat, Politik und Gesellschaft als Feld kirchlicher Mitverantwortung konkretisiert. Diese Entwicklung bot die Grundlage und den sozialetischen Antrieb für den politischen Dienst der Kirche bis heute, den ich als christlicher Politiker bejahe und begrüße.

Die Gegenwart nach 1945 war maßgeblich vom Ost-West-Gegensatz, der neuerlichen Bedrohung Europas und der Welt durch eine totalitäre Ideologie bestimmt; der Schatten Stalins und seiner Nachfolger lastete auf Europa, seine Militärmacht beherrschte die Hälfte unseres Kontinent; die Teilung Deutschlands vertiefte sich unter diesen Vorzeichen. Vor dem Hintergrund des machtpolitischen und

ideologischen Konfliktes sah die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer in einer engen Westbindung die Voraussetzung für Frieden, Freiheit und demokratische Entfaltung. Doch für Adenauer und viele seiner Weggefährten war es nicht nur die akute Bedrohung aus dem Osten, sondern auch eine Lehre aus zwei europäischen Bruderkriegen, den Nationalismus endgültig zu überwinden, Mitglied in den neu entstehenden Gemeinschaften der europäischen und atlantischen Demokratien zu werden. Damit wurden allen Vorstellungen über ein neutralisiertes Deutschland als Wanderer zwischen Ost und West eine klare Absage erteilt.

Ideologische Gegensätze durch Zusammenarbeit abmildern

Heute wird deutlich, daß diese Entwicklung damals keineswegs exklusiv nur auf Westeuropa angelegt war. Konrad Adenauer behielt immer die gesamteuropäische und damit gesamtdeutsche Perspektive im Auge: „Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.“ Adenauer formulierte diese Aufgabe 1961 in einer kühnen historischen Perspektive – lange bevor Gorbatschow vom „gemeinsamen europäischen Haus“ gesprochen hat.

Der Erfolg unserer Politik bestätigt heute die Richtigkeit unserer außenpolitischen Grundsatzzenscheidung. Unser fester Wille zur Selbstbehauptung und Verteidigung von Freiheit und Selbstbestimmung diente und dient als stetiges Signal und Hoffnungsträger für die Staaten Osteuropas und ganz besonders für unsere Landsleute in der DDR. Deshalb bleiben auch heute das Selbstbestimmungsrecht und das bei uns bestehende Maß gesicherter Freiheit und Menschenrechte Grundlage und Maßstab jeder Veränderung in Europa...

Wir haben uns als christliche Politiker der Welt, wie sie tatsächlich ist, zu stellen. Dies bedeutet, daß wir die gegenwärtigen weltpolitischen Herausforderungen an unsere Politik in christlicher Verantwortung und mit dem gebotenen Realismus wahrzunehmen haben. Wir tun dies ohne Pathos, aber in der Überzeugung, daß unseren ge-

meinsamen Werten von Demokratie und Menschenrechten die Zukunft gehört. Diese Werte und hier vor allem die Menschenrechte haben ihre Wurzeln in unserer christlich-abendländischen Kultur. Es ist der christliche Gedanke dessen, was Menschenantlitz trägt, wonach Gott keinem Menschen Gewalt über andere Seelen verliehen hat und das Gebot der Nächstenliebe sie alle verbindet.

Diese politische Grundüberzeugung gilt es heute mit neuem Selbstbewußtsein zu vertreten; gerade im Dialog mit den Staaten Osteuropas. Dieser Dialog hat sich auf alle Felder der Beziehungen zwischen Ost und West zu erstrecken. Wir haben dazu mit unseren westlichen Verbündeten einen außen- und sicherheitspolitischen Gesamtrahmen als Wille zum Wandel formuliert. Auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit wollen wir weiterhin gewährleisten, daß Kriege und politische Einschüchterung jeder Art in Europa verhindert werden. Zugleich wollen wir eine neue Struktur der Beziehungen zwischen Ost und West schaffen, in der ideologische und machtpolitische Gegensätze zunehmend durch Zusammenarbeit und friedlichen Wettbewerb abgemildert und hoffentlich einmal ganz überwunden werden.

Für diese historische Perspektive sind auch die Kirchen gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Im Dialog zwischen Ost und West kann insbesondere die EKD an ihre „Ost-Denkschrift“ von 1965 und ihre „Friedensdenkschrift“ von 1981 anknüpfen. Mit der „Ost-Denkschrift“ wurde zunächst die Aufgabe von Zusammenarbeit und Ausgleich mit dem Osten deutlich, wenn auch nicht unumstritten, in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gebracht. Darüber hinaus gab der Rat der EKD mit seiner „Friedensdenkschrift“ wichtige Impulse zu einer Beruhigung und Versachlichung der aufgeregten sicherheitspolitischen Diskussionen zu Beginn der achtziger Jahre. Unsere Politik hat seiner Aufforderung Rechnung getragen, den „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern“. Dieser Aufgabe, „die der Grundrichtung der christlichen Botschaft entspricht“, bleibt unsere Politik auch weiterhin verpflichtet...

Nur auf der Grundlage einer sachgerechten Beurteilung können wir als Christen unseren

Teil der Verantwortung zur Gestaltung einer europäischen Architektur des Wandels in Stabilität beitragen. Europa bedeutet nicht nur das Zusammenwachsen seiner Volkswirtschaften, sondern ist ebenso ein Kontinent mit einer gemeinsamen christlichen Religion, einer gemeinsamen Identität und Kultur. Darauf hat schon 1958 der große evangelische Theologe Hans Asmussen auf der Tagung des Landesverbandes der schleswig-holsteinischen CDU hingewiesen. Wörtlich sagte er: „Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft. Die Grenzen sind da, innerlich und äußerlich, wo Europa das Zutrauen zu dem Geist verliert, und also das Zutrauen, der Wirtschaft durch den Geist einen Sinn zu geben. Denn auch die Wirtschaft hat nicht den Sinn in sich selber.“ Gerade gegenüber der Überbetonung der wirtschaftlichen Dimension Europas haben die Kirchen auf die christlich-religiösen und kulturellen Grundlagen unseres Kontinents hinzuweisen.

Ausblick

Bei unserer Antwort auf die Veränderungen in Osteuropa und die Neugestaltung eines Gesamteuropas kann uns die evangelische Anthropologie eine wichtige Orientierung sein. Sie rät uns zu einem nüchternen Realismus und Augenmaß. Das theologische Wissen von der menschlichen Unvollkommenheit ist unser Maßstab bei der Ablehnung einer Politik, die vollkommene Problemlösungen zu versprechen scheint. Wir können an einer neuen, stabileren Architektur in Europa mitarbeiten, die Menschen in diesem „Haus der Freiheit“ können wir jedoch nicht ändern. Daher bleibt unsere Politik trotz aller hoffnungsvollen Anzeichen der Veränderung in Europa auf Risikobewußtsein und langen Atem angewiesen...

Allerdings haben wir noch einen schwierigen und vor allem risikoreichen Weg in eine Zukunft „jenseits von Eindämmung“ vor uns. Ganz im Sinne von Konrad Adenauer wollen wir ein „Haus der Freiheit“ mit Demokratie und Selbstbestimmung für alle Völker Europas – nicht nur für die im Westen. Dem Aufbau einer solchen gerechten und stabilen Friedensordnung in Europa bleibt unsere Politik verpflichtet. ■

Deutschland in Europa – Chance und Verpflichtung

Trutz Rendtorff

Das moderne Europa, nicht erst unserer Tage, ist eine Frucht der neuzeitlichen Säkularisierung. Die Säkularisierung war die Antwort auf die konfessionelle Spaltung der Christenheit. Wenn heute oft die Privatisierung des Christentums beklagt wird, dann muß man dagegen halten, daß die Trennung von Kirche und Staat, die sorgfältige Unterscheidung von Politik und Religion ein Weg zur politischen Befriedung des konfessionellen Gegensatzes in der Mitte Europas war. Das heißt aber auch, daß die Politik in der Ordnung staatlicher Verfassung und in der Bestimmung ihrer Aufgaben nicht die Rolle der Religion übernimmt und nicht in die Funktion der Heilungsvermittlung eintritt.

Das Erbe des Christentums an das moderne Europa ist überall dort lebendig, wo die Grenzen der Politik, politischer Macht und Autorität über den Menschen geachtet und ausdrücklich anerkannt wird. Freiheit des Individuums, Achtung der Würde des Menschen, eine liberale politische Kultur, das sind christliche Imperative im säkularen Gewande.

Es ist also nicht so, daß die Politik sich überhaupt nicht darum kümmern müßte und sollte, was die Grundsätze des Christentums für sie bedeuten. Nur war es immer ein Mißverständnis, das Christliche allein für den Einfluß der Kirchen zu reservieren. Es ist unserer politischen Kultur angemessen, wenn sich die Politik ausdrücklich an christlichen Maßstäben mißt.

Perspektiven im Blick auf Europa

ang

An die Stelle des konfessionellen Gegensatzes ist die tiefreichende Spannung von politisch-ideologischen Grundüberzeugungen getreten. Angesichts der Rufe nach Reformen in der DDR muß man deshalb auch daran erinnern, daß die herrschende politische Klasse im Kern von „Gläubigen“ gebildet wird. Sie sind von Überzeugungen geleitet, die in einigen Punkten in erklärtem Gegensatz stehen zu fundamentalen Positionen politischer Philosophie des Westens. Aber es gibt auch ein gemeinsames Erbe. Das muß uns Anlaß genug sein, den politischen Weg Europas auch in seiner moralisch-geistigen Tiefendimension zu erfassen.

Die europäische politische Ökumene hat sich in einem anderen Maße und nach anderen Kriterien entwickelt, als die konfessionelle gespaltene Christenheit in Europa. Das ge-



Prof. Trutz Rendtorff: Politik soll sich an christlichen Maßstäben messen

schichtliche Beharrungsvermögen der konfessionellen Kirchentümer hat sich als viel größer und stärker erwiesen, als alle Prognosen schon des 19. Jahrhunderts erwarten ließen. Aber sie bilden heute jedenfalls nicht die Vorhut des europäischen Prozesses. Das schließt jedoch nicht aus, daß das Christentum als Resonanzboden für die europäische Idee in Anspruch genommen wird. Der Dialog zwischen Kirchen und Politik kann deswegen auch nicht einseitig erfolgen.

Die Politik hat in säkularem Gewande eine eigene Verantwortung für die christliche Substanz unserer Kultur. Man muß das klar und nüchtern konstatieren, wenn heute die Frage diskutiert wird, welche Perspektiven im Blick auf Europa eigentlich bedeutungsvoll und inhaltsreich sein können und sollen. Die Frage ist voll berechtigt: Was tragen die christlichen Kirchen zum Europa der Zukunft bei? Aber sie muß verbunden werden mit der anderen Frage: Wie entspricht die Politik dem ihr anvertrauten Teil einer an christlichen Überzeugungen orientierten Kultur?

Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, wurde von vielen seiner führenden Köpfe als das Herzland der Reformation verstanden. Einer der bedeutenden protestantischen Theologen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, W. M. de Wette, erklärte als das Vermächtnis der Reformation an das moderne Europa die „Idee der freien Menschen-

erst noch Platz schaffen. Aus der Diskrepanz zwischen dem protestantischen Freiheitsbewußtsein und der politischen Verfaßtheit der deutschen Kleinstaaten hat De Wette damals eine überraschend aktuell tönende Folgerung daraus gezogen: Die Deutschen, so formulierte er, hätten die Chance einer neuen Form der Einheit, die „in freier Übereinstimmung bei äußerer Trennung besteht.“ Und nun kommt ein Satz, dem man eine gewisse Aktualität nicht absprechen wird: „Deutschland wird auch darin Europa Vorbild werden, daß es ein völkerschaftliches Gemeinwesen in sich darstellt, wie es in Europa im Großen bestehen soll.“

Dieses Projekt einer überstaatlichen Einheit machte aus der Not der konfessionellen und politischen Trennungen und Spaltungen die Tugend einer überstaatlichen Einheit. Die moralisch-politische, innere Kraft dieses Einheitsgedankens sollte sich darin auswirken, die bestehenden äußeren Trennungen zu relativieren und damit auch zu überwinden. Es war die Vision einer Einheit, die nicht primär nationalstaatlich definiert ist, sondern in Kategorien des Geistes der Freiheit und der Pluralität politischer Lebensformen zum Ausdruck kommt.

Die Idee der Freiheit, die sich in Humanität, Wissenschaft und Kultur ihr modernes Haus baute, galt im bürgerlichen Protestantismus als das innere Bindeglied zwischen Reformation und moderner europäischer Entwicklung.

Diese Kontinuität ergab sich nicht von selbst. Sie mußte ausdrücklich gestiftet werden.

Auch heute ist der innere, geistige Zusammenhang Europas nicht schon durch seine fortschreitende verwaltungsmäßige Integration gewährleistet.

Damals stellte sich die Aufgabe, die protestantische Kultur der Freiheit abzuwägen und auszubauen. Ihre Verfechter stellten sie kritisch gegenüber zu der Verbesserungsbedürftigkeit der politischen und bürgerlichen Verhältnisse. Kleinstaaterei und antidemokratische staatliche Ordnung waren, so wurde damals historisch geurteilt, Folge der konfessionellen Spaltung. Freiheit, Liberalität, als Erbe der Reformation an die Neuzeit mußten sich in der kirchlichen und politischen Verfassung der öffentlichen Angelegenheiten

Wir leben nicht am Beginn des 19. Jahrhunderts, sondern am Ende des 20. Jahrhunderts. Wir haben es zu tun mit den Folgen der durch den 2. Weltkrieg bewirkten europäischen Spaltung. Sie ist vor allem in Deutschland auch eine Spaltung der Nation in die existierende Zweistaatlichkeit.

Aber wir leben in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in einer geschichtlichen Situation, die für die Bürger der Bundesrepublik Deutschland je länger um so unverlierbarer durch die Integration in die westeuropäischen liberaldemokratischen Traditionen gekennzeichnet ist. Die EKD hat in ihrer Demokratiedenkschrift klar ausgesprochen, daß der Staat des Grundgesetzes nicht nur äußere Bedingung unserer politischen Existenz ist. Der Staat des Grundgesetzes ist auch

die Verkörperung der geistig-moralischen Imperative, denen sich die Christen nach der Überzeugung der Kirche verpflichtet wissen sollen. An diesen Imperativen ist auch die politische Praxis zu messen. Aber auch die Kirche muß sich an ihnen messen lassen.

Wie stehen die christlichen Kirchen zu Europa?

Im anderen Teil Deutschlands wird heute mit teilweise verzweifelter Intensität davon gesprochen, daß die Folgen des Nationalsozialismus und des 2. Weltkrieges auf keinen Fall mehr rückgängig gemacht werden können und dürfen. Zu den moralischen Positionen der DDR gehört, so ist immer wieder zu hören, der Antifaschismus. Ein entsprechendes Thema gibt es auch für uns. Die Ant-

wort der Bundesrepublik auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus, die immer wieder selbstkritisch zu vergegenwärtigen sind, ist in die Grundsätze unserer Verfassung eingegangen. Sie bedeutet in ihrer politischen Konsequenz: Die Zugehörigkeit und Integration der Bundesrepublik in die westeuropäisch-angelsächsische demokratische Lebensform. Das ist es, was wir mit großer Gelassenheit, fester Überzeugung und innerer Gelassenheit in die heute wieder offenen Entwicklungen in Deutschland einzubringen haben.

Insoweit unterscheidet sich unsere Situation deutlich von der am Beginn des 19. Jahrhunderts. Die politische Grundordnung ist selbst der wichtigste Garant jener Freiheit, von der de Wette damals als einem protestantischen Imperativ gesprochen hat.

Aber dieses Europa ist und

wird immer mehr ein Europa, das bestimmt ist durch die Folgen und die Erfolge technisch-wissenschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen. auch das gehört zu denjenigen Tatbeständen, die nicht hintergebar sind, die nicht rückgängig gemacht werden können.

Für die christlichen Kirchen ist darum heute eine große und noch keineswegs beantwortete Frage, wie sie sich zu diesem Europa stellen wollen. Es gibt heute Tendenzen, das Christentum Europas vorwiegend auf den Ton der Abwehrstellung gegen die technische und ökonomische Zivilisation einzustimmen und sich damit in die Geschichte der modernen Zivilisations- und Kulturkritik einzureihen. Die Basler Ökumenische Versammlung vom Mai dieses Jahres könnte dafür als ein bezeichnendes ökumenisches Ereignis gelten. Die Zukunfts-

perspektive einer solchen kirchlichen Ökumene Europas ist vorwiegend dunkel, in den Tönen apokalyptischer Katastrophen gemalt. Die Gründe dafür sind gewichtig genug und müssen jedermann beschäftigen. Können Sie aber auch die Grundlage für den Weg in die Zukunft bilden? Hat das kirchliche Christentum noch die Kraft, ein produktives und konstruktives Verhältnis zu den die Zukunft bestimmenden ökonomischen und technischen Entwicklungen zu finden? Kann es etwas beitragen zu einer Weltanschauung, zu einem Weltbild Europas, das neben der Klage auch den Mut zur Zukunft zu nähren vermag?

Ann.: Prof. Dr. Trutz Rendtorff im Institut für Systematische Theologie der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität München und Vorsitzender der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung.

Die Nation in ihrem Wert als Teil des Ganzen verstehen Eröffnungsrede auf der 30. EAK-Bundestagung

Albrecht Martin

Wir sind in 2 Staaten geteilt, und vorläufig kann nur die Bundesrepublik Deutschland an der Einigung Europas teilnehmen. Bedeutet dann die Politik der Europäischen Einigung nicht den Verzicht auf die Vollendung der Einheit des ganzen deutschen Volkes in Frieden und Freiheit?

Stehen wir also wirklich vor der Frage: entweder Deutsche Einheit – oder Europäische Einigung? Manche wollen uns diese Entscheidung einreden. Aber das sind jene, die den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts in unsere Zeit übertragen wollen. Das aber kann nicht gehen, und wo es versucht oder propagiert wird, da werden der äußere wie der innere Frieden bedroht. Wer heute ernsthaft an der Nation festhalten will, wer sein deutsches Vaterland liebt, wem die Einheit in Freiheit am Herzen liegt, der muß all denen eine eindeutige Absage erteilen, die einem Wiederaufleben des alten Nationalismus und des alten Nationalstaates das Wort reden.

Die Aufgabe besteht heute darin, die Nation in ihrem Wert als Teil des Ganzen zu verstehen. Wenn das richtig ist, dann müssen wir ein Verständnis von der Nation entwickeln, nach



Albrecht Martin: Nation in ihrem Wert als Teil des Ganzen verstehen

dem das geeinte Europa den Schutz der Nationen bildet und die Nationen den Reichtum Europas gewährleisten. Wo solcher Reichtum lebt, da lebt Freiheit. Und darum kommt heute vieles darauf an, die Frage nach der Nation neu aufzugreifen, gerade

wenn es ernst ist mit dem Kampf gegen die ewig Gestrigen.

Nun kann man fragen, ob mit dem Aufgreifen dieser Fragen der EAK bei seiner eigentlichen Aufgabe bleibe. Aber ich halte das Verhältnis des Christen zu Volk und Vaterland, zu Nation und eigener Kultur für eine entscheidende Frage des Christen in seinem Verhältnis zur Welt schlechthin. Natürlich sind das alles vorläufige Werte, und es ist unsere Pflicht, gegen jede Vergöttung zum Beispiel des eigenen Volkes mit aller Energie anzugehen.

Aber wir leben als Christen in der Vorläufigkeit und nicht in der Vollendung, und in dieser Welt des Vorläufigen können auch Christen nicht leben ohne die Bindungen an menschliche Gemeinschaften. Zu diesen Gemeinschaften gehören nicht nur Familie und Gemeinde, auch nicht nur die Gemeinschaft der weltweiten Christenheit. Wenn das so ist, dann müssen wir uns alle als Glieder dieser Kirche fragen, ob wir als Christen das rechte Verhältnis zu Nation und Volk haben. Vielleicht haben wir auch hier – in der Sorge vor einem Rückfall in eine

Vergottung des Volkes – von unserer Lebenswirklichkeit abgehoben, so wie viele Christen nicht das rechte Verhältnis zum demokratischen Staat gefunden haben – trotz der im positiven Sinne bedeutsamen Demokratie-Denkschrift.

Und wie steht es mit der Aufarbeitung des Problems der Einigung Europas in unserer Kirche? Denn es geht hier nicht um allerlei rechtliche Probleme, auch nicht um die Frage, wie künftig sich unsere Kirchensteuer angesichts der Steuerharmonisierung gestalten wird. Es geht vielmehr darum, daß wir lernen, in unsere Vorstellungen zwischen der Landeskirche und der Ökumene die Kirchen Europas als eigene Gemeinschaft einzubeziehen, so wie das im politischen Bereich geschehen muß.

Über diese Probleme wollen wir heute und morgen sprechen. Wir tun es in unserer Verantwortung als Glieder unserer Kirche, als Bürger unseres Staates und als Frauen und Männer, die in CSU und CDU ihre politische Heimat gefunden haben.

Nationale Identität, deutsche Frage, Europa – eine Quadratur des Kreises

Heinz Duchhardt

Die Politiker werden sich mit dem Werben um die politische Einheit Europas um so leichter tun, je klarer sie zum Ausdruck bringen, daß mit „Europa“ nicht eine Retortengeburts einer neuen „Nation“ gemeint ist, sondern daß, wie es seinerzeit – nicht unumstritten – de Gaulle formulierte, ein „Europa der Vaterländer“ politisches Ziel des Integrationsprozesses sein müsse, das zwar irgendwann einmal zu einem „Vaterland Europa“ werden kann, ohne daß damit aber eo ipso nationale Identitäten abgebaut werden und verschwinden.

Mir scheint, daß ein guter Teil der deutlichen Europamüdigkeit in den letzten Jahren auch etwas damit zu tun hat, daß viele Menschen einfach nicht mehr sehen, wohin die Reise geht: in einen Behördenwarrwarr und einen anonymen Bürokratismus, die sich von den nationalen Basen und Bedürfnissen mehr und mehr entfernen, in ein kulturelles Amalgam, das alle oder zumindest viele nationale Besonderheiten verwischt, in einen Prozeß, dem nationale Identitäten nolens volens zum Opfer fallen?

Europa und nationale Identität: Kein Widerspruch

Essentielles: Überschaubarkeit des historisch Gewachsenen, Familien- und landsmannschaftliche Traditionen, kulturelle Besonderheiten, Sprache und Dialekt – das sind Phänomene der Geborgenheit, der **an**bstvergewisserung, des Sich-Wiederfindens, auch – positiv verstanden – der Emotionalität, die man nicht leichtfertig auf dem Altar eines und einem anonymen Europa geopfert sehen möchte, Phänomene im übrigen auch, um Peter Glotz zu antworten, die keineswegs eo ipso einen sich abkapselnden und aggressiven Nationalismus in ihrem Gefolge haben müssen.

Und das entspricht schließlich ja auch, um nun wieder historisch zu argumentieren, der geschichtlichen Entwicklung. Europa und nationale Identität: das waren eigentlich nie Gegenpole, nie Widersprüche, das war im politischen Denken immer etwas Komplementäres...

... Es ist eine richtige „Lehre aus der Geschichte“ – eine Formel, über die Historiker ansonsten eher stolpern –, wenn heute ein großer politischer Konsens darüber besteht, daß eine erneute Lösung der deutschen

Frage nur in einem europäischen Kontext, in einem europäischen Friedens- und Sicherheitssystem denkbar ist. Die Restitution der nationalen Einheit ist durch das Grundgesetz zwar vorgegeben (und auch in den DDR-Verfassungen nicht ausgeschlossen worden), aber wie die staatliche Struktur Deutschlands in einem solchen Modell aussehen würde, darüber kann – vor allem angesichts politischer Entwicklungen in einem Teil Europas, die eine Bewertung als historische Zäsur geradezu herausfordern – heute wohl nur spekuliert werden.

Ob die deutsche Nation in diesem „Haus Europa“ wirklich eines Tages ein eigenes, abgeschlossenes Zimmer erhält, oder ob es ein Zimmer ist, das durch eine spanische Wand geteilt bleibt oder vielleicht eben doch nur ein kleines Apartment mit einer Verbindungstür und gemeinsamer Benutzung der Naß- und Küchenzellen – diese Frage wird heute wohl niemand zu beantworten wagen.

Nationale Frage und Europa

Bloßen Konföderationsplänen sind in der Vergangenheit vor dem Hintergrund des grundgesetzlichen Auftrags von seiten der Bundesregierung zwar immer – so etwa 1957 – Absagen erteilt worden, aber positive Vorstellungen, wie diese europäische Lösung der deutschen Frage aussehen könne, drängen bisher aus den Planungsstäben der Ministerien und den Brain-Trusts der Parteien kaum nach außen.

Auch politische Sonntagsredner belassen es bei diesem Problem dann in aller Regel bei sehr unverbindlichen Gemeinplätzen. Vielleicht ist das letztlich sogar gut so, bevor zu viel

vorzeitig zerredet wird – eine Bemerkung des an sich hochgeschätzten Günter Diel etwa aus der vergangenen Woche, Einheit und Freiheit bleibe das Ziel und ebne den Weg zu einer europäischen Friedensordnung, ist in meinen Augen z. B. nicht unbedingt hilfreich, weil es die Assoziation eines Nacheinander hervorruft, über das manche europäische Nachbarn stolpern würden.

sicher ein politisches und ein historisches Muß, aber nationale Identität und Europa – das ist keineswegs eine *contradictio in adjecto*, keineswegs eine Quadratur des Kreises. Bei allen Versuchen, mittels europäischer Pässe, europäischer Standards, europäischer Fernsehserien so etwas wie eine europäische Identität zu schaffen: auch ein immer mehr zusammenwachsendes Europa kann auf nationale



Prof. Heinz Duchhardt: (Konstruktives) Nachdenken über Deutschland und Europa – politisches Gebot einer historischen Stunde

Heiner Geißlers Position, daß eine europäische Friedensordnung Voraussetzung der Überwindung der deutschen Teilung sein müsse, ist sicher sehr viel reflektierter und realistischer. Auf jeden Fall aber wird es trotz Gewaltverzicht und Grenzgarantien, trotz Delegation außenpolitischer Kompetenzen an europäische Instanzen ein langer Prozeß sein, bis ein wie auch immer staatsrechtlich strukturiertes „Deutschland“ für seine sensiblen und empfindlichen Nachbarn akzeptabel wird, denen eine staatenbündische Lösung mit hoher Wahrscheinlichkeit unendlich viel angenehmer wäre als eine modifiziert oder tendenziell einheitsstaatliche – trotz ihrer europäischen Einbettung...

... Nationale Frage und Europa, d. h. die Einbettung jeder nationalen Lösung in eine europäische Akzeptanz, – das ist

Identitäten einfach nicht verzichten. Nicht die Amalgamierung, nicht die in letzter Zeit so oft beschworene „multikulturelle Gesellschaft“, sondern die Kulturreichvielfalt unter dem politischen Dach Europa kann Zielpunkt der gegenwärtigen Entwicklung sein, wobei der Begriff „Kultur“ durchaus auch die politische Kultur umfaßt, die in Italien und Großbritannien eben immer unterschiedlich bleiben wird...

... Nachdenken über Deutschland und Europa, auch unkonventionell, vielleicht gar un bequem, auf jeden Fall aber konstruktiv – das ist mehr denn je ein politisches Gebot einer historischen Stunde.

Anm.: Professor Duchhardt ist am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster tätig.

Verhältnis Ost und West – Was können wir tun?

Jürgen Warnke

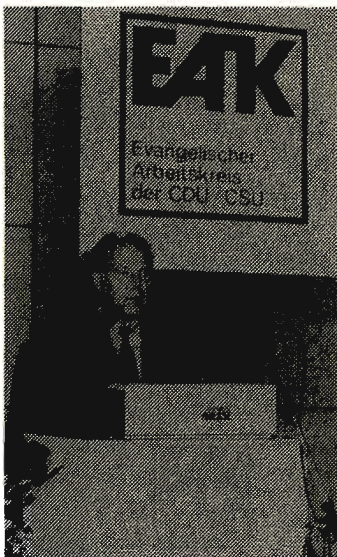
Zunächst einmal: hören lernen, was unsere Landsleute in der DDR wollen und empfinden. Viele von ihnen sind tief betroffen über eine Berichterstattung, die ihnen das Gefühl vermittelt: Die, die sich zum Bleiben entschieden haben, seien eigentlich die Dummen. Deshalb sage ich es hier ganz klar:

1. Wir wollen die DDR nicht entvölkern. Wir wissen, die Menschen werden dort gebraucht.
2. Wer dennoch zu uns kommen will, hat das Recht dazu.
3. Wenn er kommt, ist er auch willkommen, und zwar herzlich willkommen.
4. Denen aber, die unter Verzicht auf Wohlstand und unter Gefahr für sich und ihre Familien bleiben, um Selbstbestimmung, von der wir sprechen, tatsächlich durchzusetzen, denen bekunden wir unsere Verbundenheit und unsere Hochachtung. Sie tun mehr als ihre Pflicht. Sie brauchen auch unsere moralische Unterstützung. Wir können sie ihnen geben durch Besuch, durch Partnerschaft in kirchlichen Gemeinden, aber auch dadurch, daß unsere Anerkennung sie erreicht. Es ist klar, daß hier die Medien eine besondere Verantwortung trifft.

Unsere Landsleute haben es satt, bevormundet zu werden. Das gilt für die Bevormundung durch ihre Staats- und Parteiführung. Das gilt ebenso für Bevormundung durch uns. Deshalb stellen wir klar: Selbstbestimmung bedeutet für uns auch: Wie später ein gesamtdeutscher Souverän über die Frage der staatlichen Einheit entscheidet, ob nationale Einheit oder zwei Staaten, bleibt ihm überlassen. Wir haben das Ziel der Einheit – aber es liegt im Wesen der Selbstbestimmung, daß die Deutschen auch anders entscheiden können.

Wir gewähren wirtschaftliche Unterstützung schon heute – in Milliardenhöhe. Wenn Reformen Platz greifen, werden wir uns dem Appell nach wirtschaftlicher Unterstützung nicht ver-sagen.

Aber uns ist auch klar: Niemand erwartet vom Osten die vollständige Übernahme westlicher Staats-, Gesellschafts- oder Wirtschaftssysteme. Aber wenn es zu einer tatsächlichen Steigerung der Effizienz im Osten kommen soll, dann ist dazu mehr Freiheit erforderlich



Dr. Jürgen Warnke

- Freiheit im politischen Bereich durch Demokratie und Mehrparteiensystem,
- Freiheit im gesellschaftlichen Bereich durch Anerkennung der Menschenrechte und durch Pluralismus,
- Freiheit im wirtschaftlichen Bereich durch Dezentralisierung und Einbeziehung marktwirtschaftlicher Elemente.

Die Zukunft der Ost-West-Beziehungen

Wir wünschen den Reformkräften im Osten Erfolg. Die Möglichkeiten des Westens zur Unterstützung der Reformprozesse sind jedoch gering, da im Mittelpunkt dieser Reformbewegungen eine grundlegende Änderung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse steht.

Der Westen gewährt wirtschaftliche Hilfen für die Umstrukturierung in Polen und Ungarn. Von den westlichen Hilfen – Bürgschaften, Kredite, Umschuldungen, Nahrungsmittelhilfe – können jedoch keine Wunder erwartet werden.

Entscheidend kommt es vielmehr auf die Reformen in diesen Ländern selbst an. Und hier bestehen selbstverständlich Probleme – wie die Reform des Preissystems, die Abschöpfung des Geldüberhangs, der Übergang von Zentralplanung auf Dezentralisierung, die schrittweise Änderung der Eigentumsformen und die Einführung demokratischer Institutionen –, die nicht von einem auf den anderen Tag gelöst werden können...

Die europäische Einigung, deren Kern letztlich die Aus-söhnung der vermeintlichen „Erbfeinde“ Frankreich und Deutschland bildet, könnte zu einem Zukunftsmodell schlechthin für das friedliche Zusammenleben freier Völker werden.

Die Europäische Gemeinschaft hat in den letzten Jahren eine Attraktivität und Ausstrahlungskraft erreicht, die bis in den Osten hineinreicht. Die Regierung von Österreich hat einen Beitrittsantrag eingereicht. In neutralen Staaten wie Schweden und der Schweiz wird offen über einen Beitritt zur Gemeinschaft diskutiert. Und auch die Staaten des Warschauer Paktes suchen nach Wegen zu einer stärkeren Annäherung an die EG.

Dies könnte nach meiner Überzeugung in der Tat zu einem gemeinsamen europäischen Haus führen. Und damit wäre zugleich die Chance für eine Lösung der deutschen Frage gegeben.

Ich wiederhole, was Helmut Kohl für die CDU und Theo Waigel für die CSU immer wieder hervorgehoben haben: Die Überwindung der Teilung Deutschlands und die Einigung Europas stehen nicht im Widerspruch zueinander. Im Gegenteil: Die Lösung der deutschen Frage ist nur möglich im Wege der Einigung Europas auf der Grundlage von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht. Der politische Wiedervereinigungsvorbehalt ist in den römischen Verträgen festgeschrieben.

Wenn wir heute über die deutsche Frage und über die Stellung Deutschlands und Europas diskutieren wäre es jedoch falsch, in Euphorie und Utopismus zu fallen. Erforderlich ist vielmehr

Realismus. Noch sperrt sich ein Großteil der Machtapparate im Osten gegen das neue Denken.

Die Vorgänge in China dürfen nicht leichtfertig vergessen werden. Nach wie vor sehen wir uns im militärischen Bereich einem nicht hinnehmbaren Übergewicht des Ostens gegenüber. Dennoch müssen wir heute im Interesse der Freiheit, im Interesse der Menschen alle vorhandenen Chancen ergreifen, um zu einer wirklichen Normalisierung der Ost-West-Beziehungen zu gelangen, in dem jede Nation in Frieden, Freiheit und Einheit leben kann.

Ann.: Bundesminister Dr. Jürgen Warnke ist für den erkrankten CSU-Vorsitzenden Dr. Theo Waigel dankenswerterweise „eingesprungen“.

Redemanuskripte sind in begrenzter Stückzahl noch vorhanden.

- 1× Stoltenberg
- 1× Rendtorff
- 1× Durchhardt
- 1× Warnke
- 1× Martin

Bitte ausschneiden und schicken an:

EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1

EAK-Bonn und Rhein-Sieg

**Donnerstag,
den 7. 12. 1989,
19.00 Uhr**

Karl-Arnold-Bildungsstätte, Bonn 2

„Zusammenleben mit neuen Nachbarn“

mit

Dr. Klaus Leciejewski, Köln
H. Dietrich, Unna-Massen

Informationen und Anmeldung an: EAK-Bundesgeschäftsstelle, 5300 Bonn 1

Politische Zusammenarbeit zwischen Ost und West Konzept des Westens gefordert

Michaela Geiger

Wir Christdemokraten erleben in diesen Wochen und Monaten in vielfacher Weise die Bestätigung unserer Außenpolitik seit den Tagen Konrad Adenauers. Das Konzept der „Politik der Stärke“ hat sich als erfolgreich erwiesen.

Denn „Politik als Stärke“ war von Anfang an nicht nur als militärische Stärke verstanden worden, obwohl es in den Anfangsjahren zunächst einmal darum ging, die sowjetische Machtexpansion in Europa durch die westliche Verteidigungsgemeinschaft zu stoppen. „Politik der Stärke“, wie sie Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß verstanden, hatte vor allem ein geistig-moralisches Fundament, das gerade jetzt voll zum Tragen kommt. Seine tragenden Elemente waren und sind: Der Aufbau gemeinsamer europäischer Institutionen, Ausgleich und Versöhnung auf der Grundlage gesamteuropäischer Werte wie Menschenwürde, Freiheits- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft.

Mit der Atlantischen Allianz und mit der EG entstanden attraktive Modelle von gleichberechtigter Zusammenarbeit freier Völker und eine leider nur auf den Westen des Kontinents beschränkte europäische Friedensordnung. Diese Ordnung war von Anfang zwar nicht militärisch, aber doch geistig-moralisch und zugleich wirtschaftlich der monolithischen Zwangsherrschaft des Ostens überlegen.

Das Verdienst der Reformer in Osteuropa von Pozsgay bis Gorbatschow besteht darin, die Ausweglosigkeit der bisherigen Sackgassenpolitik und das Scheitern der menschenfeindlichen Ideologie des Marxismus erkannt und eingestanden zu haben.

So sehr wir uns über die jüngste Entwicklung freuen können, so sehr möchte ich doch davor warnen, vom „Sieg des Westens“ zu reden und gleichzeitig die westlichen Institutionen und ihren Zusammenhalt für nicht mehr so wichtig anzusehen. Der Erfolg des Reformkurses ist noch ungewiß und Rückschläge sind nicht auszuschließen, wie das Beispiel China zeigt. Schon aus diesem Grund ist es nötig,



Michaela Geiger: Integration in Westeuropa stärken

bei aller Bereitschaft zu Abrüstung und Zusammenarbeit in der NATO und der EG stark und fest zu bleiben.

Vergessen wir nicht: Es war in erster Linie die innere und äußere Stärke der NATO und des europäischen Einigungswerks, die bewirkt haben, daß die Verhältnisse im Osten in Bewegung geraten sind. Jetzt bedarf es einer starken westlichen Zusammenarbeit, um den Reformern in Osteuropa Hilfe zu leisten.

Hilfe, die Hilfe zur Selbsthilfe sein muß, die die Produktivität, Kreativität und Innovationsfreude wecken muß. Die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost zu organisieren und den Osten an westliche Standards heranzuführen, ist eine Aufgabe, die nur durch ein abgestimmtes Konzept des ganzen Westens zu lösen ist.

Fazit: Im Interesse des Aufbruchs im Osten müssen wir die Integration in Westeuropa und die Zusammenarbeit in der westlichen Allianz stärken. Je stärker die EG, je stärker die transatlantische Partnerschaft wird, desto mehr können wir auch für Osteuropa tun. Es wäre daher ein tragischer Trugschluß, jetzt z. B. den neuen Schwung in

mit beiden Beinen fest im Westen und reichen dem Osten die Hand.

Nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit in Westeuropa ist das Gebot der Stunde – ebenso wie es nicht weniger, sondern engere Abstimmung mit den USA geben muß. Im Zuge eines erfolgreichen und dauerhaften Abbaus der militärischen Ost-West-Konfrontation wird sich allerdings die Atlantische Allianz wandeln. Das heißt: Die politische Zusammenarbeit wird im Verhältnis zur militärischen Zusammenarbeit an Umfang und Bedeutung zunehmen...

Wir, die Deutschen in der Mitte Europas, die in Freiheit leben, tragen besondere politische Verantwortung – sowohl nach Osten als auch nach Westen. Wir tragen sie insbesondere für unsere in Unfreiheit lebenden Landsleute. Die Teilung Deutschlands ist der sensibelste und schmerzlichste Aspekt der Teilung Europas. Das Ziel der Überwindung der Teilung Europas, zu dem sich heute auch die Sowjetunion bekennt, ist nicht erreichbar, wenn zugleich an der Teilung Deutschlands festgehalten wird.

Ann.: Michaela Geiger ist außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Tagung
des Arbeitskreises Theologie im EAK der CDU/CSU
für Studenten, Oberstufenschüler
und alle, die Interesse haben

**Konziliarer Prozeß
zwischen Theologie, Politik und Ökumene:
Weltversammlung in Seoul – Im Blickpunkt**

Termin: 12. 1. – 14. 1. 1990

Adam-Stegerwald-Haus · Hauptstraße 487
5330 Königswinter 1 · Telefon 0 22 23/7 06 45

Referenten: Prälat Jakob Aigner, Bonn
Dr. J. Baumgarten, Siegburg
Dr. Wolfgang Böhme, Karlsruhe
Prof. Dr. Martin Honecker, Bonn

Tagungsbeitrag frei

Informationen und Anmeldung (möglichst bis 18. 12. 1989) an
EAK-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn 1

Die Kirche für den notwendigen Dialog mit der Führung der DDR stärken

Der CDU-Generalsekretär Volker Rühle schickte der Bundestagung nachfolgendes Grußwort:

Der 30. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU sende ich herzliche Grüße. Eine wichtige Aufgabe moderner Volksparteien ist die politische Integration gegensätzlicher Interessen, Meinungen und Auffassungen auch politischer Programme und Personen.

Die Gründer des Evangelischen Arbeitskreises wollten vor bald 40 Jahren ihren Beitrag zur Überwindung der konfessionellen Gegensätze leisten, indem sie evangelische und katholische Christen zu gemeinsamer politischer Verantwortung in einer großen Partei zusammenführten. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik und des Dritten Reiches sollten sich Freiheit und Menschlichkeit nicht wieder in konfessioneller Gegnerschaft verlieren. Das ökumenische Miteinander ist für die Union seit langem selbstverständlich.

Der EAK braucht deshalb unsere Unterstützung bei dem Bemühen, Frauen und Männer in der CDU von der Notwendigkeit eines kirchlichen Engagements zu überzeugen. Viel zu wenige sind bereit, sich an der theologischen Auseinandersetzung zu beteiligen und kirchliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen. Doch nur dann werden wir dort auch Verständnis für unsere politischen Entscheidungen erzielen können.

„Frieden und Abrüstung“, „Hilfe für die Dritte Welt“ und „Die Bewahrung der Schöpfung“ sind Themen, die die gesellschaftspolitischen Diskussionen evangelischer Christen besonders bestimmen. In diesen Fragen muß die Union gerade für den protestantischen Wähler ihre Handlungskompetenz immer wieder überzeugend unter Beweis stellen.

„Christliche oder evangelische Freiheit ist die Freiheit des

Kirche. Denn es war die Kirche in der DDR, die sich in der Vergangenheit unermüdlich für die notwendigen Veränderungen eingesetzt und zugleich dem politischen Druck widerstanden hat. Die Kirche für den notwendigen Dialog mit der Führung der DDR zu stärken, muß auch heute eine wichtige Aufgabe kirchlich engagierter Protestanten in der Union sein. Beste-

hende Kontakte werden wir dafür nutzen und intensivieren.

Ihre Tagung unter dem Motto „Deutschland in Europa“ kann gerade jetzt wichtige Anregungen und Impulse nicht nur für den deutsch-deutschen Dialog leisten.

In diesem Sinn wünsche ich Ihren Beratungen einen guten Verlauf.

Erklärung des EAK der CDU/CSU zum Abschluß der Bundestagung am 20./21. Oktober 1989 in Nürnberg

Die europäische Einigung hat in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, die entscheidend der Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl zu verdanken sind. Die Idee der Freiheit und der Selbstbestimmung, die das westliche Bündnis trägt, gewinnt auch in den Staaten des Warschauer Paktes zunehmend Raum. Auch in der DDR hat in den letzten Wochen der Wille der Deutschen nach Freiheit und Selbstbestimmung einen uns alle bewegenden Ausdruck gefunden. Dies alles ist eine gute Voraussetzung für ein Gesamteuropa in Frieden und Freiheit.

Die Europäische Gemeinschaft ist zu einer starken politischen und wirtschaftlichen Kraft geworden. Wir begrüßen die inzwischen erfolgten Schritte zur Europäischen Union.

Gleichzeitig wächst ein neues Bewußtsein vom Wert der eigenen Nation, der eigenen Sprache und Kultur. Das Ringen der Völker Mittel- und Osteuropas um ihre nationale Identität, die Liebe der Deutschen aus diesen Ländern zur deutschen Heimat, der Kampf unterdrückter Völker um ihre Freiheit lassen auch uns neu fragen nach Bedeutung und Wert unserer nationalen Identität für unser Leben.

Ungeachtet der Einbindung in die weltweite Christenheit und unserer Verantwortung für die Welt ist die Zugehörigkeit zu einem Volk, zu seiner Geschichte und seiner Kultur für den Christen nicht nur Angebot, sondern auch Verpflichtung. Übersteigertes nationales Denken hat unser Volk in furchtbare Verirrung und Schuld geführt. Mit aller Entschiedenheit muß vor jedem Versuch gewarnt werden, die Nation wieder als absoluten Wert und im Gegensatz zur Europäischen Gemeinschaft zu sehen.

Das darf uns nicht hindern, für die Selbstbestimmung unseres ganzen deutschen Volkes in Frieden und Freiheit mit aller Energie einzutreten. Unser Engagement für die Einigung Europas und unser Eintreten für Einheit und Freiheit Deutschlands widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander.

Wir bitten unsere evangelische Kirche, die Frage nach dem Verhältnis des Christen zu seinem Volk, zur Nation, zu Sprache und Kultur aufzugreifen und uns bei der Klärung dieser wichtigen Frage zu helfen. Wir bitten die EKD weiter, der evangelischen Tradition folgend, tiefgreifende politische Veränderungen theologisch aufzuarbeiten, und zu bedenken, was die Europäische Einigung den Christen und Kirchen an neuen Aufgaben stellt; denn dieser Prozeß wird sich nicht nur auf Wirtschaft und Politik, sondern auf das gesamte Denken und Empfinden der Christen auswirken.



Blick auf Podium (v. l.): Martin, Höffkes, Beck, Noack, Geiger, Friedrich, Dollinger

Heute steht für den EAK die Auseinandersetzung mit geistig politischen Themen im kirchlichen Raum im Vordergrund. Daß dies keine leichte Aufgabe ist, habe auch ich immer wieder auf Kirchentagen, Veranstaltungen evangelischer Akademien und Synoden erfahren. Die oftmals spürbare Distanz gegenüber der CDU überwinden zu helfen, darin sehe ich eine besondere Herausforderung für den EAK.

Gewissens“ hat Martin Luther formuliert. Die Sehnsucht nach dieser Freiheit ist die Ursache für die tiefgreifenden Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa.

Dort, wo das Evangelium verkündet wird, ist Freiheit. Daher finden unsere Nachbarn im anderen Staat in Deutschland in ihrem Ringen um Reformen für mehr Freiheit und Gerechtigkeit Zuspruch und Zuflucht in der

Von der Reformation zur Revolution

Thomas Müntzer zum 500. Geburtstag

Christoph Mezger

Sonntag, 14. Mai 1525, vor den Toren Frankenhausens am Fuße des Kyffhäusers. Etwa 7000 Aufständische, meist Bauern, haben sich dort auf dem nahegelegenen Hausberg verschanzt. Ihr Anführer: ein reformatorischer Prediger namens Thomas Müntzer. Als Fahnenbanner haben sie einen Regenbogen gewählt, Zeichen des göttlichen Bundes mit den Menschen. Das Lager ist in Alarmbereitschaft. Erwartet wird eine militärische Auseinandersetzung mit den Truppen des Landgrafen Phillips von Hessen und Herzog Georgs von Sachsen. Ein erstes Scharmützel mit einem Erkundungstrupp der fürstlichen Heere können die Bauern für sich entscheiden. Es herrscht Erleichterung im Lager der Bauern, daß die erwartete große Schlacht ausgeblieben ist.

Montagsmorgen, der 15. Mai. Von der Wagenburg aus, die die Bauern auf dem Hausberg errichtet haben, können sie beobachten, wie die gegnerischen Truppen herannahen und die Stadt nach und nach bedrohlich einkreisen. Offenbar sind die fürstlichen Heere dem Bauernhaufen zwar nicht an Truppenstärke, wohl aber an militärischer Ausrüstung haushoch überlegen. Unter den Bauern kommt angesichts dieser Situation Unruhe auf. Einige Gemäßigte wollen nun lieber verhandeln und einen blutigen Kampf vermeiden, die radikalen Kräfte jedoch setzen weiter auf Angriff.

Schließlich wird den Fürsten von den Bauern eine Botschaft übermittelt: „Wir bekennen Jesus Christum. Wir sind nicht Feind, jemand was zu tun, sondern von wegen göttlicher Gerechtigkeit zu erhalten. Wir sind auch nicht hier von wegen Blutvergießen. Wollt ihr das auch tun, so wollen wir euch nichts tun. Danach hab sich ein jeder zu halten.“ Kämpfen um jeden Preis, wollen die Bauern also nicht. Was sie wirklich beabsichtigen, haben sie noch Ende Februar in den sog. **Zwölf Artikeln der Bauernschaft** erklärt. Keine Revolution, sondern vielmehr Reformen und damit Milderung der Unterdrückung, die sie zu leiden haben. So fordern sie Einschränkung der Fronarbeit, Verminderung der Abgaben und Reduzierung der Leibeigenschaft. Vorrangig aber ist die „demütig Bitt und Begehr“, daß die Gemeinde ihren Pfarrer selbst wählen dürfe.

Die Antwort läßt nicht lange auf sich warten. Ohne auf den Vorschlag der Bauern einzuge-

hen, wird die Auslieferung des Anführers der Aufständischen gefordert, des „falschen Propheten Thomas Müntzer samt seinem Anhang lebendig“. Die Situation spitzt sich zu. Jetzt heißt es: entweder Loyalität zu ihrem Anführer und Krieg oder Auslieferung des Anführers und freier Abzug. Die Bauern tun sich schwer mit ihrer Entscheidung. Ihr Führer jedoch, Thomas Müntzer, appelliert in einer eindringlichen Rede an seine Mitstreiter, die Zuversicht allein und unbeirrt auf Gottes Beistand zu setzen. Gott habe der tyrannischen Obrigkeit die Gewalt längst entzogen. Zur gleichen Zeit erscheint am Himmel, gleichsam als göttliche Bestätigung von Müntzers Worten, ein regenbogenfarbener Kranz um die Sonne. Ähnlich dem Zeichen, das die Bauern auf ihren Fahnen tragen. Das besiegelt die Entschlossenheit zum Kampf bei den Bauern endgültig.

Ohne allerdings eine Bestätigung des Auslieferungsgesuches abzuwarten, greifen plötzlich die Fürstenheere von allen Seiten an. Die Bauern sind völlig überrascht und reagieren mit Panik. Sie versuchen zu fliehen. Die Söldnertruppen der Fürsten setzen ihnen jedoch nach und richten ein gnadenloses Blutbad an. Auf Seiten der Bauern werden 5000 Mann niedergemetzelt, nur 600 gefangengenommen. Bei den Fürstenheeren sind es nur 6, die den Tod finden. Thomas Müntzer kann zunächst in die Stadt fliehen, wird aber wenig später entdeckt, abgeführt und erst in Frankenhausen, dann in Heldringen auf dem Schloß des Grafen Ernst von Mansfeld gefoltert. Man verlangt von ihm einen öffent-

lichen Widerruf seiner Ansichten, ein uneingeschränktes Eingeständnis seiner Schuld am Aufstand und ein Bekenntnis zur Legitimität der Obrigkeit. Müntzer weigert sich jedoch zu gestehen. Statt dessen ermahnt er die Fürsten, ihr Amt in gottgefälliger Weise auszuüben und das arme Volk nicht länger zu beschweren.

Am 27. Mai 1525 wird Thomas Müntzer vor den Toren der Stadt Mühlhausen, in der er zuletzt als Prediger wirkte, hingerichtet, sein Körper und sein Kopf schließlich aufgespießt und zur Schau gestellt.

Von der Verkündigung zur Revolution

Wer war aber dieser Thomas Müntzer, von dem Martin Luther behauptete: „Wohlan, wer den Müntzer gesehen hat, der mag sagen, er habe den Teufel gesehen in seinem höchsten Grimme“, den dagegen kein geringerer als Heinrich Heine einen der „heldenmütigsten und unglücklichsten Söhne des deutschen Vaterlandes“ nannte? Vor allem, wie kam er, dessen Amt die evangelische Verkündigung war, zur Revolution?

Das Quellenmaterial zu seinen Lebensdaten ist dürftig. Sein genaues Geburtsdatum bleibt dunkel. Es wird ungefähr mit Dezember 1489 Anfang 1490 angegeben. Geburtsort: Stolberg am Harz. Ab 1506 studiert Müntzer Theologie, erst in Leipzig, dann in Frankfurt a. d. Oder, wo er bald den Grad eines Magisters und eines Bakkalaureus der Heiligen Schrift erlangt. Danach wird er Priester der Diözese Halberstadt. Seine erste große Pfarrerstelle erhält er 1519 in Jüterbog. An der Leipziger Disputation zwischen Luther und Eck nimmt Müntzer als Zuhörer teil und begeistert sich schnell für die lutherische Reformation. 1520 wird er sogar durch Luthers Empfehlung Prediger in Zwickau. Hier begegnet er auch den „Zwickauer Propheten“, die ihr Bibelverständnis

auf persönliche Gotteserfahrung gründen. Als flammender Redner und Kritiker der dekadenten Priesterkirche und aller Heuchler und Profitgierigen macht er sich bald einen Namen. 1521 wird er jedoch vom Magistrat der Stadt vertrieben.

Seine nächste Station ist Prag. In der kurzen Zeit, die er sich dort aufhält, entfaltet er im sogenannten **Prager Manifest** erstmals seine reformatorische Lehre. Offen greift er darin die Feinde des wahren Christenglaubens an. Es sind besonders des „Teufels Pfaffen“, die die Glaubensentfaltung der erbarungswürdigen Christenheit hintertreiben, auf die es Müntzer abgesehen hat. Diese predigen nur den toten Buchstaben der Bibel, ohne eine eigene Gotteserfahrung zu haben und verhindern so bei den Christen die unmittelbare geistgewirkte Begabung mit Gott. Die, so Müntzer, gewährleistet allein die Gewißheit des rechten Glaubens.

Im Einklang mit Luther wendet er sich gegen die Werkgerechtigkeit. Die Gnade Gottes kann nicht erarbeitet werden. Sie ist und bleibt unverdient. Anders als Luther warnt er aber entschieden vor einem „gedichteten Glauben“, der allzu selbstsicher die Gewißheit der Gnade zelebriert. Nur wer die Glaubenserfahrung durchleidet, nur wer in der Leidensnachfolge Christi den Trost Gottes erfahren hat, kann die Qualität göttlicher Barmherzigkeit und Gnade ermessen. Müntzer ist davon überzeugt: Ein honigsüßer Christus, wie ihn die Wittenberger predigen, ist das Verderben des Glaubens.

Ostern 1523 übernimmt er eine Predigerstelle an der Johanniskirche in Allstedt. Es soll für ihn eine Zeit fruchtbarer Schaffens werden. Noch vor Luther entwirft Müntzer in Allstedt eine deutsche Liturgie für den Gottesdienst. Sein Ziel ist dabei, die Gemeinde vom Unrat des katholischen Aberglaubens zu befreien. Stattdessen soll jedermann mit Herz und Sinn die Gegenwart des göttlichen Geistes erleben können.

Gleichzeitig übt er Kritik an der Fixierung auf die Schrift und Buchstaben bei Luther. Der Geist allein erweckt den Glauben. Aus ihm erwächst das Heil, nicht aus der Schrift. Er macht aus dem Wort Gottes lebendiges Wort. Ausgerechnet diejenigen aber, die die unmittelbare Geistoffenbarung leugnen, beanspruchen, Lehrer der Schrift zu sein. In Wirklichkeit aber predigen sie nur leere Worthülsen.

An massiver Kritik an den Fürsten, die Müntzers Reformpläne mit Argwohn beobachten und für ein Predigtverbot gegen ihn eintreten, läßt er es nicht fehlen. Dennoch laden ihn die kursächsischen Herzöge zunächst zu einer Probepredigt auf das Allstedter Schloß vor, um seine Legitimation als Pfarrer zu prüfen. So kommt es am 13. Juli 1524 zur berühmten **Fürstenpredigt**. Hier erläutert er aber nicht, wie erwartet, sein Verhältnis zur Obrigkeit, vielmehr fordert er die Landesherren in der Predigt über die Propheten im Buch Daniel Kap. 2 dazu auf, Mitglieder seines Bundes der Auserwählten zu werden.

Die Fürsten sollten endlich ihrer göttlichen Bestimmung gerecht werden und die Gläubigen vor den Gegnern der wahren Kirche schützen, ja, sie sogar notfalls vernichten. Jetzt sei es Zeit dazu, denn der Geist Gottes habe vielen auserwählten Menschen jetzt offenbart, daß eine treffliche, unüberwindliche, zukünftige Reformation von großen Nöten sei, die ausgeführt werden müsse. Doch die Rolle, die die Fürsten dabei zu spielen haben, sei nur vorläufig. Wenn das Reich Gottes anbreche, womit Müntzer in absehbarer Zeit rechnet, hätten sie abzutreten, da Christus durch das Volk der Heiligen seine Herrschaft ausüben werde. Unverkennbar sind nun die apokalyptischen Züge in seinen Ausführungen.

Abrechnung mit Martin Luther

Wie die Hörer der Predigt reagiert haben, ist nicht bekannt. Aber schon bald danach flieht Müntzer, wahrscheinlich aus Angst vor einer bevorstehenden Verhaftung. Auch Luther hatte nämlich inzwischen durch seinen „**Sendbrief wider den aufrührerischen Geist zu Allstedt**“ eine theologische Begründung für ein hartes Vorgehen gegen Müntzer geliefert.

Müntzers Spur findet sich im August 1524 zuerst in Mühlhausen wieder, danach unternimmt er eine Reise nach Süddeutschland, wo er sich um die Publikation seiner beiden letzten Schriften bemühte: „**Hochverursachte Schutzrede und Antwort wider das geistlose, sanftlebene Fleisch zu Wittenberg**“, eine schonungslose Abrechnung mit Luther, in dem er inzwischen einen Handlanger und Knecht des Teufels sieht, und „ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens“. In letzterer beklagt Müntzer die Bedrückung und Not der Bauern, die von den obrigkeitlichen Tyrannen geknechtet würden.



Unannehmbar aber ist es erst recht für ihn, daß die Fürsten anstelle der Gottesfurcht die Untertanen das Fürchten vor ihnen selbst lehren. Die unerträglichen Lebensumstände der Bauern vergrößern nicht nur die wirtschaftliche Not, sie verhindern in Müntzers Augen vor allem auch die Begegnung mit dem lebendigen Gott. Mit der Unterdrückung der Glaubensentfaltung ist für ihn die Grenze des Tragbaren erreicht. Das verlangt geradezu nach Aufstand. Dazu ruft Müntzer nun offen auf. Nicht um der Menschen willen muß es Krieg geben, sondern weil Gott das Urteil über seine Feinde bereits gesprochen hat. Vollstrecker eines Gottesgerichts sind also die Aufständischen, und ihr Kampf ist „des Herrn Streyt“.

Noch einmal kehrt Müntzer nach Mühlhausen zurück, wo er einen Kampfbund gründet. Es ist geplant, über Mühlhausen

hinaus den Fürsten ganz Thüringen zu entreißen, damit die Gottlosen endgültig von den Christen getrennt werden. Er will die Aufständischen, die bereits seit dem Frühsommer 1524 durchs Land ziehen und ihren Forderungen mit Gewalt Nachdruck verleihen, sammeln und sie zur Entscheidungsschlacht führen.

Appell an die Bauern

In einem leidenschaftlichen Appell versucht er, die Kämpfer auf ein gemeinsames Ziel einzuschwören: „Wenn euer nur drei sind, die in Gott gelassen allein seinen Namen und Ehr suchen, werdet ihr hunderttausend nicht fürchten... Ihr müßt dran, dran, es ist Zeit... Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist. Lasset euer Schwert nicht kalt werden, lasset es nicht lahm werden. Schmiedet pinkepanke auf den Ambossen Nimrods, werfet ihnen den Turm zu Boden. Es ist nicht möglich, solange sie leben, daß ihr der menschlichen Furcht solltet leer werden. Man kann euch von Gott nichts sagen, dieweil sie über euch regieren. Dran, dran, solange es Tag ist, Gott geht euch voran, folget folget!“

Und die Bauern folgten Müntzer tatsächlich. Als die Fürsten erfuhren, daß Müntzer sich mit den Aufständischen bei Frankenhausen aufhält, zogen sie mit vereinter Heeresgewalt gegen das Bauernlager, um Müntzer den Garaus zu machen.

Wer ist Thomas Müntzer wirklich?

Die Frage, ob Müntzer nun als **irregeleiteter Reformator** oder als **theologischer Sozialrevolutionär** zu bewerten sei, beschäftigte lange Zeit die Diskussion. Während die lutherische Theologie anfangs, nicht ohne den Einfluß der Pamphlete ihres Lehrers, Müntzer als Zerstörer der Reformation verketzerte, feierte ihn der Kommunismus als Helden des Volkes. Daß das Bild in Wahrheit differenzierter ist als die parteilichen Auslegungsinteressen, hat in neuerer Zeit am eindrucksvollsten das monumentale Werk des Kirchenhistorikers **Walter Elliger** gezeigt, das 1975 erstmals erschienen ist. Er versucht in seinem Buch **Thomas Müntzers Leben und Werk detailgenau nachzuzeichnen**. Er sieht Münt-

zer ganz als Theologen, dessen Handlungsmotiv der Auftrag Gottes ist. Für Elliger ist Müntzer deshalb ein „Knecht Gottes“, der das göttliche Gericht über die Welt ausführt und kein Propagandist des Klassenkampfes. Den Weg von der Reformation zur Revolution hält er somit für einen nur sekundären Aspekt in Müntzers eigentlicher theologischer Intention. Eine Ansicht, die Elliger aber selbst nicht konsequent durchzuhalten vermag.

Auf den unauflöslichen Zusammenhang von Reformation und Revolution in einer theokratischen Gesellschaftsordnung wie zu Müntzers Lebzeiten hat dagegen der Hamburger Sozial- und Wirtschaftshistoriker **H.-J. Goertz** wieder aufmerksam gemacht. In einem Spannungsgewebe von mystischen, apokalyptischen und sozialrevolutionären Einflüssen zeichnet Goertz ein Müntzerbild, das frei ist von konfessioneller Enge und sich deshalb auch auf die weltanschaulichen und sozialen Realitäten der Reformationszeit konzentrieren kann, die das Denken Müntzers prägten.

Auch das anläßlich des Müntzer-Jubiläums erschienene deutsch-deutsche Joint Venture mit dem Titel: **Der Theologe Thomas Müntzer. Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Lehre**, in dem sich erstmals Theologen aus der DDR und der Bundesrepublik gemeinsam zu Müntzer äußern, ist dem Ziel einer sachgerechten und unparteiischen Aufarbeitung müntzerischen Lebenswerks verpflichtet. Wohl tuend, daß Müntzer hier einmal nicht als Rechtfertigungsideologie einer (kirchen-)politischen Doktrin erhalten muß. Vielmehr lassen ihn die Autoren als den zu Wort kommen, der er sein wollte, als Theologen. Auf grundlegende Fragen christlicher Theologie, wie Gott und Schöpfung, Christologie, Rechtfertigung und Heiligung angesprochen, begegnet Müntzer dem Leser nicht mehr nur als hitziger Streiter, sondern als tiefgründiger christlicher Denker.

Eine Alternative zur rein wissenschaftlichen Beschäftigung mit Müntzer bietet das Buch von **Frank Pauli: Müntzer. Stationen einer Empörung**. In einer Art kulturgeschichtlicher Stadtrundfahrt werden die Orte vorgestellt, in denen Müntzer gelebt und gewirkt hat. Die archi-

tektonischen und kunstgeschichtlichen Kenntnisse des Autors vermitteln zudem einen anschaulichen Eindruck von den historischen Schauplätzen.

Fünfhundert Jahre Thomas Müntzer, das gibt Anlaß zum Nachdenken. Endlich, denn in dieser Zeitspanne ist, abgesehen von Ausnahmen, eher zu wenig über Müntzer nachgedacht worden. Statt dessen wurde er entweder als Galionsfigur oder als Teufelsfratze verschlissen. Thomas Müntzer ist sicher kein Vorbild, es gibt kaum etwas Nachahmenswertes für die Gegenwart an ihm, schließlich ist die Zeit und sind die Umstände heute andere. Eine Notwendigkeit zum Widerstand aus theologischen Gründen besteht auch nicht bei Müntzer im demokratischen Staat nicht.

Dennoch, Müntzer ist ein Stück der Reformationsgeschichte und damit ein Stück unserer protestantischen Identität. Er könnte uns, was das Verhältnis zur Schrift und zur Spiritualität in der Kirche betrifft, vor gravierenden Einseitigkeiten bewahren. Die intensive Beschäftigung mit Müntzer ist ein erster Schritt dazu. Für die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, bedarf es hoffentlich nicht erst wieder eines Jubiläums.

Literatur:

Walter Elliger, Thomas Müntzer. Leben und Werk, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, 3. Auflage Göttingen 1976

Walter Elliger, Außenseiter der Reformation: Thomas Müntzer. Ein Knecht Gottes, (eine Kurzfassung des großen Werkes von Elliger), Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1975

Hans-Jürgen Goertz, Thomas Müntzer. Mystiker. Apokalyptiker. Revolutionär, C. H. Beck Verlag, München 1989

Siegfried Bräuer/Helmar Junghans (Hg.) Der Theologe Thomas Müntzer. Untersuchungen zu seiner Entwicklung und Lehre, Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen und Zürich 1989

Frank Pauli, Müntzer. Stationen einer Empörung, Wichern-Verlag, Berlin 1989

Ann.:

Christoph Mezger ist freier Journalist und studentischer Mitarbeiter an der Ev. Theologischen Fakultät der Universität Bonn.

Gemeinsames Zeugnis

Aus dem Bericht des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlichen wir aus dem 2. Kapitel die Ergebnisse des Perspektivsausschusses.

1. Unsere Kirche muß ein weites Haus für Geist, Seele und Leib sein. Sie muß Geborgenheit und Beheimatung bieten, aber sie darf nicht einengen. Darum gewinnt die Verständigung über Geist und Ungeist unserer Zeit eine hohe Priorität. Wir müssen uns mehr als bisher darüber klar werden, von welchen Kriterien wir uns in unserer säkularisierten Umwelt leiten lassen. Wie stehen wir zu den Strömungen unserer Epoche, die unterschiedlich als postmodern oder nachindustriell bezeichnet wird, in der allerlei Befreiungsbewegungen im Gang sind? Von was müssen wir uns wirklich befreien, und was befreit wirklich? Wie verhält sich unser Reden zum Markt der Meinungen, zu den religiösen Deutungsangeboten anderer Herkunft als des christlichen Glaubens und zur Inanspruchnahme unserer Glaubenstradition für fremde Zwecke?

Wir müssen verstärkt Hilfe bieten zur Unterscheidung der Geister. Wir müssen uns auseinandersetzen mit den Erkenntnissen der Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften. Wir müssen gesprächsbereit und gesprächsfähig werden mit den anderen großen Weltreligionen, die heute eine große Anziehungskraft gewonnen haben.

2. Die Zugänge zum Glauben werden durch das Zeugnis der Christen aufgeschlossen

oder blockiert – durch das Zeugnis der Amtsträger und aller Getauften, die man in der Kirche Laien nennt, aber auch durch das Bild unserer Kirche, durch ihre Ordnung, ihr Reden und Handeln, ihre Art, Meinungsdivergenzen auszutragen.

Darum wollen wir unsere Kraft darauf konzentrieren, zum Zeugnis fähig zu werden. Die Verantwortung der ganzen Gemeinde muß dafür gestärkt und die Gaben, die oft nicht zum Tragen kommen, müssen entbunden werden. Unsere Kirche sollte wahrnehmungsfähiger und kommunikationsfähiger werden und unbefangener darin, den eigenen Glauben anderen mitzuteilen. Das ist auch eine wichtige Aufgabe der Aus- und Fortbildung unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nehmen wir die Impulse der vielen lebendigen Gruppen und Zellen in der Kirche gebührend auf und stärken wir sie? Oder beschäftigen uns mehr ihre Schwächen? Welche kirchliche Bedeutung räumen wir den pietistischen und den gesellschaftsdiakonisch orientierten Gruppen ein? Auch die angemessene Würdigung der Distanzierten und die Bemühungen um ein Verständnis ihrer Säkularität ist uns als Aufgabe gestellt. Sind wir bereit, auch von ihnen zu lernen?

Wie gehen wir in der Kirche miteinander um? Die Frage

nach der Vielfalt unserer Meinungen und Positionen beschäftigt uns im Horizont der Frage nach Wahrheit, Verbindlichkeit und Einheit. Geschehen alle unsere Dinge in der Liebe (1. Kor. 14,16)?

3. Die Synodaltagung in Bad Wildungen hat uns einen wichtigen Schritt vorgebracht, uns über die Grundlage und Gemeinsamkeit unseres Glaubens zu verständigen. Dem soll auch die neugebildete Kammer für Theologie dienen. Weitere nötige Schritte liegen vor uns. Es ist gut, daß die Synode das Thema „Glauben heute“ auf der Synodaltagung im nächsten Jahr erneut aufgreifen will.

4. An vielen Stellen wird über diese Fragen gearbeitet: in den Gliedkirchen, in den Zusammenschlüssen VELKD, EKV, Arnoldshainer Konferenz, in den Leuenberger Gesprächen, in der Katholischen Kirche, in der Konferenz Europäischer Kirchen, in den konfessionellen Weltbünden und im Ökumenischen Rat der Kirchen.

Sollen alle diese Arbeiten unvermittelt nebeneinanderherlaufen? Wir meinen, es ist notwendig, sie für unseren Bereich fruchtbar zu machen. Auch aus dem konziliaren Prozeß „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ und seinen bisherigen Ergebnissen in Stuttgart und Basel müssen kirchliche Konsequenzen gezogen werden.

Eine Reihe von Aktivitäten, die diese Schwerpunkte berühren, sind in Arbeit oder in Vorbereitung. Der Rat wird diese fördern und mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten.

Bündnispartnerschaft von Frauen und Männern

Aus der Vorlage des Ausschusses zur Vorbereitung des Schwerpunktthemas „Die Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ drucken wir das Kapitel 6 ab, in dem Herausforderungen skizziert und Perspektiven aufgezeigt werden.

Durch das Thema „Gemeinschaft von Frauen und Männern in der Kirche“ sind wir alle als Mann und Frau betroffen. Wir sind in unserem Selbstverständnis in Frage gestellt und herausgefordert. Die hohe emotionale Besetzung und die biographi-

sche Prägung bestimmen die Auseinandersetzungen. Wo alte und neue Vorstellungen aufeinander treffen, brechen Spannungen auf – sei es in ein und derselben Person, zwischen Mann und Frau oder innerhalb eines Geschlechts. Sie sollen

nicht geleugnet, sondern benannt werden, um uns in diesem Prozeß (ver)handlungsfähig zu machen.

Kränkungen und Verletzungen werden subjektiv erfahren und müssen vom anderen in Verstand und Gefühl nachvollzogen werden. Das Ende der Geduld der Frauen führt zu einem Aufbruch, der oft andere bedrängt, die diesen Leidensdruck nicht

erleben – ob es nun Männer oder Frauen sind. Das Ende der Geduld bedeutet lebendige Unruhe, aber auch wirkliche Ungeduld: lang aufgestaute Verletzungen und das Bewußtsein von der historischen Last entladen sich z.T. mit großer Aggressivität, die manche ängstigt, anderen ein Alibi für Verweigerung gibt.

Die Unruhe, von Frauen ausgehend, hat Männer und Frauen erfaßt. Um neue Gemeinschaft zu bewirken, bedarf es einer breiten Bündnispartnerschaft von Frauen und Männern. Wenn auch der Impuls von den Frauen ausgegangen ist, sind sich doch Männer und Frauen darin einig, daß es um Gerechtigkeit für Frauen **und** Männer geht und nicht um einseitige Zugeständnisse an Frauen.

Gerechtigkeit bedeutet, daß Unterschiede anerkannt und fruchtbar gemacht, Benachteiligungen aufgrund dieser Unterschiede aber vermeiden werden. In einer gerechten Gemeinschaft von Frauen und Männern müssen beide ihre Gaben entwickeln und ausbauen können, die wegen der bisherigen Rollen- und machverteilung unterentwickelt geblieben oder unterdrückt worden sind. In einer gerechten Gemeinschaft müssen Männer angestammte Vorrechte aufgeben, sich auf die Veränderung von Strukturen einlassen und in der Auseinandersetzung mit Frauen neue Verhaltensweisen lernen.

Das Ziel, das wir anstreben, und unsere gesellschaftliche und kirchliche Wirklichkeit liegen

noch weit auseinander. Deshalb müssen wir mutige Schritte tun.

Gerechte Balance im Verhältnis der Geschlechter zueinander

Wirksame und anhaltende Veränderungen sind nur zu erwarten, wenn die Rechte, Ansprüche und Chancen der Frauen in Kirche und Gesellschaft in der Weise verstärkt werden, daß Frauen für eine Übergangszeit begünstigt werden, bis das zugunsten der Männer noch bestehende Ungleichgewicht beseitigt und eine neue, gerechte Balance im Verhältnis der Geschlechter zueinander gefunden ist.

Der Aufbruch zu einem neuen Verhältnis der Geschlechter zueinander birgt für alle die

Gefahr, den eigenen nächsten Schritt zu verabsolutieren. Von Christen kann eine Veränderung des Verhältnisses von Männern und Frauen nur im Bewußtsein der Gebrochenheit allen menschlichen Handelns und des Angewiesenseins auf Liebe und Vergebung gesucht werden.

In der **Vorlage** folgt dann der Abschnitt über „Praktische Schritte“, der sich aufgliedert in

- Förderung theologischer Frauenforschung
- Hilfen für Frauen unter besonderen Belastungen
- Frauenförderung in Kirche und Diakonie
- Verbesserung der ökumenischen Zusammenarbeit.

Verantwortungsbewußtsein der Kirche

In seinem Grußwort stellte Kanzleramtsminister Rudolf Seiters das große Verantwortungsbewußtsein der Kirche heraus, wenn er u. a. anführt:

Zu der diesjährigen Tagung der 7. Synode der EKD darf ich Ihnen die herzlichen Grüße der Bundesregierung und des Bundeskanzlers übermitteln. Zugleich darf ich Ihnen als den Repräsentanten der Evangelischen Christen in unserem Land den Dank der Bundesregierung aussprechen für das, was Sie aus dem Bewußtsein Ihrer christlichen Verantwortung heraus immer wieder für unser Gemeinwesen leisten.

Dieses Verantwortungsbewußtsein stellt die Kirche und ihre Mitglieder stets auch vor die Frage, ob und in welcher Eindeutigkeit sie zu drängenden politischen Fragen Stellung beziehen sollen. Der Erwartungsdruck, unter den sich die Kirche dabei gestellt sieht, ist oft beträchtlich, die Spannung, in der die kirchliche Verkündigung steht, außerordentlich groß: Hier steht die Forderung, die Kirche möge sich auf die „letzten Dinge“ beschränken; dort erwarten engagierte Gruppen, daß eine bestimmte – nämlich ihre – Position als die allein mit dem Evangelium zu vereinbarende erklärt wird.

Ich möchte dankbar feststellen, daß die Evangelische Kirche in Deutschland im vergange-

nen Jahr dieser Spannung nicht ausgewichen ist und Festlegungen, die den Dialog in ihren Reihen und mit den Vertretern der Politik erschwert hätten, vermieden hat. Ich möchte besonders hervorheben die Erklärung „Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung“ der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung über den Weg des Soldaten einerseits und den Weg des Kriegsdienstverweigerers andererseits, wenn es dort heißt: „Es darf nicht sein, daß der eine für sich eine höhere Qualität von Christsein in Anspruch nimmt oder gar dem anderen das Christsein abspricht, weil er eine andere Position vertritt.“

Ich finde, daß diese Erklärung der EKD einen wichtigen und dankenswerten Beitrag leistet zur politischen Ethik und zu einer Versachlichung des politischen Dialogs in zentralen Fragen der Zukunftsgestaltung: Christen, die um den besten Weg zu einem erstrebten Ziel ringen, sollen ihr Handeln oder Reden gegenüber dem Handeln oder Reden anderer Christen nicht als das bessere Glaubenszeugnis bezeichnen. Es hat – wie wir wissen – solche Versuche in der Vergangenheit gegeben – sie haben der Gesprächs-

kultur in unserem Land keinen Dienst erwiesen. Gerade vor diesem Hintergrund ist die jüngste Erklärung der EKD-Kammer für Menschen unterschiedlicher Überzeugung und für einen verantwortungsbewußten und argumentativen politischen Streit von großem Nutzen.

Mein besonderer Dank, den ich zugleich auch im Namen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung ausspreche, gilt der evangelischen Christenheit in Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, dafür, daß sie gemäß ihren Grundordnungen die „besondere Gemeinschaft“ der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland praktisch erfahrbar macht. Ihr Präses hat kürzlich zu Recht auf die Lebendigkeit dieser Gemeinschaft hingewiesen, und die gemeinsame Verantwortung der Christen für die Zukunft ihres geteilten Vaterlandes kommt auch zum Ausdruck in dem gemeinsamen Brief, den die Bischöfe Dr. Martin Kruse und Dr. Werner Leich zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns geschrieben haben.

Die Evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und besonders in der DDR sieht sich gegenwärtig vor sehr schwierige und drängende Herausforderungen gestellt. An die Kirchen richten sich große Erwartungen. Sie müssen weitrei-

chende Entscheidungen fällen und scheinbar kaum lösbare Zielkonflikte bewältigen. Es geht um tiefgreifende menschliche Probleme, es geht um religiöse Fragen, aber auch um politische – vor dem Hintergrund dramatischer Veränderungen in Ost-Europa, in einer wohl historisch zu nennenden Zeit. Und deswegen ist die Herausforderung, der sich die Kirche gegenüber sieht, sehr groß und die Last, die sie zu tragen hat, nicht einfach ...

Die evangelische Christenheit in Deutschland ist seit 20 Jahren in **organisatorischer** Hinsicht getrennt. Ungeachtet dieser Trennung konnte die Verbundenheit der evangelischen Christen in beiden Staaten in Deutschland nicht geschwächt werden. Im Gegenteil: Es dürfte wohl kaum eine Gemeinschaft in Deutschland geben, in der sich der Zusammenhalt und das Gefühl der Verantwortung füreinander auch im alltäglichen Leben so lebendig erhalten haben, wie in der Kirche. Ungezählte Begegnungen, Gespräche und Veranstaltungen, auch der letzte Kirchentag, haben dies im vergangenen Jahr wieder unter Beweis gestellt.

Ich bin sicher, daß Sie auch weiterhin dieses Band stärken werden, das die Christen im Westen und im Osten Deutschlands zusammenbringt.

Besondere Gemeinschaft fortsetzen

Aufgrund der überraschenden Ereignisse in der DDR in der Nacht vom 9. auf den 10. 11. 1989 ergriff der Ratsvorsitzende, der Berliner Bischof Martin Kruse am letzten Tag der Synode spontan das Wort:

„Liebe Brüder und Schwestern! Sie werden verstehen, daß ich mich an diesem Morgen wie am falschen Platz empfinde, weil ich eigentlich zu Hause in Berlin sein müßte.

Eine Stadt, die vor lauter Freude tanzt, auf der Mauer, durch die Mauer hindurch, und die Menschen können es eigentlich gar nicht fassen. Ich habe, als die Mauer 20 Jahre war, geschrieben: Sie schneidet in das Fleisch unserer Stadt, und jeder merkt den Schmerz. Dieser Schmerz weicht schnell. Die Türen haben sich geöffnet, sie werden nicht wieder geschlossen werden können.

Das, was uns aber mit Dankbarkeit gegen Gott in besonderer Weise erfüllt, ist die Art und Weise, wie das geschehen ist – ohne Gewalt, durch das Gebet vieler Christen durch Jahre hindurch. Und nicht umsonst sind

die Kirchen die Plätze gewesen, von denen die Bewegung der Menschen ausgegangen ist und wo sie sich zusammengefunden haben.

Wir grüßen mit bewegtem Herzen die Christen in der DDR, Bischof Leich, und alle uns Vertrauten in unseren Partnergemeinden, die wir jetzt vor Augen sehen, die auch in dieser Stunde in besonderer Weise mit an unserer Freude teilhaben.“

Fruchtbarer Gedankenaustausch

Bad Krozingen. Am Rande der Synode fand am 6. 11. 1989 der schon traditionelle Empfang des Evangelischen Arbeitskreises statt. Zu diesem Anlaß konnte der EAK-Bundvorsitzende, **Albrecht Martin**, über 100 Teilnehmer der Synode, unter ihnen Präses **Jürgen Schmude** und der Ratsvorsitzende Bischof **Martin Kruse**, sowie zahlreiche Pressevertreter begrüßen.

Kirche steht im Dienst der Liebe

Emilio Castro

Pfarrer Dr. Emilio Castro (Uruguay), Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, hielt am 31. 10. 1989 in der Kreuzkirche in Bonn eine Predigt, aus der wir hier Auszüge abdrucken.

... Das Christentum in Europa ist eher eine soziologische als eine geistliche Referenz. Wir zahlen Kirchensteuern, wir erklären uns für Christen, doch sind die Begeisterung, die Bekräftigung der Befreiung in Jesus Christus keine allgemeinen persönlichen Erfahrungen. Damit heute eine wirkliche Reformation stattfinden kann, bedarf es einer neuen Verkündigung der Geschichte von Jesus Christus, einer neuen Einladung zum Glauben. Viele christliche Kreise scheitern an dieser Idee einer Umkehr aber eher zu befremden. Für unser Zusammenleben im Europa des 20. Jahrhunderts ist uns die Toleranz als Grundhaltung mit auf den Weg gegeben worden. Doch machen wir uns nicht klar, daß die Toleranz, die wir praktizieren, eher Gleichgültigkeit ist. Sie ist nicht das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Loyalitäten, die sich gegenseitig respektieren und bereichern, sondern lediglich das Fehlen von Überzeugungen. Die Einladung zum Glauben an Jesus Christus, die Aufforderung zur Umkehr ist keineswegs ein sektiererischer Akt, sondern eine Aufforderung, sich dem Einbrechen der Liebe Gottes in die Geschichte anzuschließen.

aufgefordert, sich ihm anzuschließen und mit ihm den Menschen von heute zu dienen und die Freiheit zu verkündigen, die allen Kindern Gottes verheißen ist.

„Wir sind zur Freiheit berufen“, nicht nur um unsere Freiheit zum Ausdruck zu bringen, die wir durch das Abschütteln der Vergangenheit gewonnen haben, sondern um diese Freiheit dadurch sichtbar zu machen, daß wir mündige Bürger in unserer Gesellschaft sind und uns für die Freiheit aller ihrer Mitglieder einsetzen. Wir sehen in diesen Tagen in der Deutschen Demokratischen Republik, wie die Kirche sich in einen Freiheitsraum verwandelt, in dem die Begegnung der Bürger erleichtert wird und wo sie sich mit den Problemen des Alltags auseinandersetzen können; ein Raum, wo sie niemand kontrolliert oder ihnen sagen will, was sie zu tun haben, sondern wo sie Unterstützung finden im Gebet, in der Inspiration und in der Bekräftigung der Freiheit: die Kirche nicht als Beherrscherin, sondern als Befähigerin. Wir sehen die Christen und Kirchen in Südafrika, die Bausteine des Widerstands sind, Symbole eines Volkswillens, der die Knechtschaft der Apartheid nicht mehr ertragen kann; die Kirche in Südafrika fordert keine besonderen Privilegien und sie will auch keinen Einfluß auf den Prozeß nehmen, der die Zukunft des Landes bestimmen soll, sondern sich in den Dienst dieses Prozesses stellen, den Bürgern Würde gewährleisten und eine echte Begegnung zwischen allen Rassen erleichtern. Wir sehen, wie sich die Armen in Lateinamerika, jene, die arm und gläubig sind, auf den Glauben beziehen, der dem Ganzen Sinn verleiht, der ihnen die Kraft zum Widerstand und den Mut zum Überleben gibt.

Es ist die befreiende Erfahrung des Glaubens, welche die Armen meines Kontinents in die Lage versetzt, auch weiterhin von einer anderen Zukunft zu träumen und darauf zu hoffen, trotz 500 Jahren Unterdrückung und Marginalisierung.

Die offenen Arme des Kreuzes sind Bürgschaft genug dafür, wie sehr Gott alle Menschen achtet, so daß auch wir, die den Namen Jesu Christi bekennen, in dieser Haltung der Offenheit und Bereitschaft für unseren Nächsten leben können. Was wir als Kirche Jesu Christi erkennbar machen müssen, ist ein Name – Jesus Christus; eine Erfahrung, eine Begeisterung, eine Freiheit, die Früchte des Glaubens sind, Früchte der Überzeugung; Begeisterung und Freiheit, die kein Davonlaufen vor der Verantwortung sind, sondern im Gegenteil das Gewinnen von Weggefährten für die Freiheit. Überall in der Bibel vollzieht sich dieses Gewinnen von Jüngern nach demselben Muster. Diejenigen, die zu einer Glaubenserfahrung berufen sind, die dem Auferstandenen begegnen dürfen, werden

Leserbrief

Betrifft: EV 10/89

Dr. Walter Allgaiers Beitrag über die Ev.-luth. Kirche in Bayern

Wieder einmal wird der „Abbruch christlicher Tradition und Kultur“ bedauert, ebenso die Schwierigkeit, „der jungen Generation das christliche Glaubensgut prägend zu übermitteln“. Mein Vorschlag: Die evangelischen Landeskirchen suchen einmal selbstkritisch nach den Ursachen im eigenen Hause. Solange nämlich Kirchen in unserem Lande zulassen, daß in der theologischen

Ausbildung das Vertrauen zu Gott und seinem Wort systematisch untergraben wird, sollten sie sich nicht wundern, wenn die große Mehrheit ihrer so ausgebildeten Pfarrer, Mitarbeiter, Religionslehrer auch bei den ihnen anvertrauten Gemeinden und Klassen kein solches Vertrauen mehr wecken können. Die allseits beklagte „missionarische Inkompetenz“ wird durch die herrschende Bibelkritik nicht behoben, sondern fortwährend verursacht und verschärft.

**Gerh. K. Ulrichs
Rehbocksweide 50
3510 Hann.-Münden**

Kurz notiert

Repräsentativ-Umfrage: Das Vertrauen der Bürger in die Kirchen erlahmt

Mannheim/Bonn. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Kirchen erlahmt drastisch. Keine andere gesellschaftliche Institution hat in den letzten fünf Jahren einen so deutlichen Vertrauensverlust hinnehmen müssen wie sie – und die Bundesregierung. Dies geht aus einer repräsentativen Studie hervor, die das Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) jährlich im Auftrag des Bundesinnenministeriums durchführt. Die Befragten kreuzen auf einer Skala von plus 5 (vertraue voll) bis minus 5 (vertraue überhaupt nicht) an, wie sie die zehn bedeutendsten gesellschaftlichen Einrichtungen einschätzen. Das Mißtrauen ist seit 1984 gegenüber fast allen Institutionen gewachsen. Die Kirchen rutschten von 1,9 auf 1,1 ab, die Bundesregierung von 1,6 auf 0,8. Unverändert blieb die Reihenfolge: das größte Vertrauen genießt das Bundesverfassungsgericht (2,2). Es folgen die Polizei (2,1), die Gerichte (2,0), die Bundeswehr und der Bundestag (jeweils 1,4). In der unteren Hälfte liegen das Fernsehen (0,9), die Bundesregierung und die Gewerkschaften (je 0,8). Schließlich ist die Presse (0,6). Als einzige „Institution“ gewann sie aber mehr Vertrauen: Sie verbesserte sich von 0,3 auf 0,6.

Beim Vertrauen in die Kirchen liegen die Unions- wähler vorn

Wieviel Vertrauen den einzelnen Einrichtungen entgegengebracht wird, hängt laut ipos stark von der Parteipräferenz der Befragten ab. Allgemein bringen die Anhänger der Grünen und der Republikaner den Institutionen am wenigsten Vertrauen entgegen; das gilt auch im Blick auf die Kirchen. Am stärksten geschätzt werden die Kirchen von den Unionswählern (2,2). Ihnen folgen mit weitem Abstand die Anhänger der FDP (1,1) und die der SPD (0,8). Ihr Vertrauen liegt auf der ipos-Skala deutlich im positiven Bereich. Dagegen überwiegt bei den Grünen (-0,7) und den

Republikanern (-0,5) das Mißtrauen. Auch je nach dem Alter der Befragten schwankt die Sympathie für die Kirchen. Ähnlich wie bei Polizei und Bundeswehr setzen die unter 30jährigen weniger Vertrauen in die christlichen Institutionen. In den folgenden Altersgruppen steigt das Zutrauen deutlich an und ist bei den über 60jährigen am höchsten. Auch das Bildungsniveau wirkt sich auf die Bewertung aus. Die niedrigsten Bildungsgruppen bringen den Institutionen durchweg mehr Vertrauen entgegen als Bürger mit mittlerer oder höherer Bildung. Ausgenommen ist das Bundesverfassungsgericht, das bei allen hohes Ansehen genießt. Am deutlichsten traten die Bildungsunterschiede bei der Bewertung der Kirchen, der Bundeswehr und des Fernsehens zutage. (idea)

Bedenken gegen Neuregelung des Ausländerrechts

Bonn. Erhebliche Bedenken gegen den vorgelegten Referentenentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechts hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, **Liselotte Funcke** (FDP), geäußert. In einer in Bonn verbreiteten Stellungnahme stellt Frau Funcke fest, der Entwurf werde dem Ziel einer Integration der seit langer Zeit in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien nicht gerecht. In der Praxis wirke sich der Vorschlag „mehr als abwertend denn als integrierend“ aus.

Nach Ansicht der Ausländerbeauftragten werden die Ansprüche auf Aufenthalt und Familiennachzug an Bedingungen geknüpft, die nicht gleichzeitig zu erfüllen seien. Für die Betroffenen führe dies zu ständiger Ungewißheit. Entgegen der erklärten Absicht, bestehende Ermessensspielräume zugunsten fester Rechtsansprüche einzuschränken, entstünden zudem neue Ermessensmöglichkeiten.

Als Verschlechterung gegenüber der bisherigen Rechtslage kritisierte Frau Funcke, daß in Zukunft auch alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr eine Aufenthaltserlaubnis beziehungs-

weise ein Visum brauchen. Einen Rückschritt stelle auch die Bestimmung dar, daß künftig bei Ableistung der heimischen Dienstpflichten die Rückkehrmöglichkeit entfällt.

Hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist laut Frau Funcke auch die angekündigte Erleichterung der Einbürgerung. „Damit bleibt die Bundesrepublik Deutschland das Land mit den restriktivsten Bestimmungen und der geringsten Einbürgerungsquote.“

Der 61jährige Pastorensohn aus Schleswig-Holstein war erst am vergangenen Wochenende bei der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises von CDU/CSU in Nürnberg mit Teilen seiner Kirche relativ hart ins Gericht gegangen. „Bestimmte kirchliche Gruppierungen“, so die Einschätzung des Verteidigungsministers, hätten über Rüstung und Raketen „zumindestens teilweise den Anschluß an die gegenwärtigen Veränderungsprozesse“ in Osteuropa verloren. „Unsere evangelische

Sinn des Lebens

Was ist dein und mein Leben wert, wenn es nicht im schlichten Gutsein des Herzens, in der Freundlichkeit jedes Begegnens, in dem Verlangen, eine Menschenseele froh zu machen, sein höchstes Ziel sieht?

Martin Luther

In diesem Zusammenhang beklagt Frau Funcke, daß selbst für gebürtige Deutsche, die nach Heirat mit Ausländern ihre Staatsangehörigkeit verloren haben, keinerlei Erleichterungen geplant seien: „Für diese Gruppe ist es kaum verständlich, daß deutschstämmige Ausiedler aus Rußland, Polen und Rumänien bereits kurze Zeit nach ihrer Einreise ohne weitere Nachweise und Kosten und ohne Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit einen deutschen Paß erhalten.“

Die Ausländerbeauftragte hofft, daß der Referentenentwurf in Abstimmung mit den übrigen Ministerien, Kirchen, Sozialpartnern und in der Ausländerarbeit tätigen Verbänden noch verändert wird. (aus: epd)

Stoltenberg Ansprechpartner für evangelische Kirche

Bonn. Gerhard Stoltenberg, Chef der Hardthöhe und Mitglied des CDU-Präsidiums, soll in dem beim Bremer Parteitag neu formierten CDU-Präsidium Ansprechpartner der evangelischen Kirche sein. Diese Entscheidung der CDU-Führungsspitze, über die am 26. Oktober in Bonn Generalsekretär Volker Rühle informierte, überraschte nicht nur im Konrad-Adenauer-Haus.

Kirche braucht heute eine klare Einstellung zur sich verändernden Rolle Europas in der Welt“, empfahl der Unionspolitiker.

Von kirchlichen Beobachtern in Bonn wird Stoltenberg als „bewußter evangelischer Christ“ bezeichnet, der sich zu seiner Kirche bekennt. Dabei wird nicht verschwiegen, daß der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident ein „kritischer Partner“ für die Kirchen ist. Manchen Strauß hat er mit denjenigen Protestanten ausgefochten, die gegen das Kraftwerk Brokdorf zu Felde gezogen sind.

Als Bundesfinanzminister wurde er mehrfach aus den Reihen der Kirchen wegen des später fallengelassenen Vorhabens kritisiert, die Quellensteuer auch auf Wohlfahrtsorganisationen und Kirchen anzuwenden.

Hindernisse werden dem jetzigen Chef der Hardthöhe bei seiner neuen Aufgabe, die Kontakte zum Gesprächspartner Kirche zu pflegen, daraus wohl kaum erwachsen. Unterstreicht doch die Bestimmung Stoltenbergs zum „Kirchenbeauftragten“, daß die Union die evangelische Kirche nicht links liegen lassen will und verstärkt das Gespräch sucht. Dabei holt die CDU nach, was SPD und FDP durch Berufung von Herta Däubler-Gmelin und Cornelia Schmalz-Jacobsen zu Kirchenbeauftragten bereits seit längerem praktizieren.

Aus unserer Arbeit

EAK warnt vor neuen Feindbildern

Pinneberg. Zu mehr Besonnenheit und Sachbezogenheit in der auch im Kreis Pinneberg neu entfachten Diskussion über „Heimat, Volk und Vaterland“ mahnt der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU im Kreis Pinneberg. „Wir warnen insbesondere vor neuen Feindbildern“, sagte der EAK-Kreisvorsitzende **Hans Bleckmann**.

Der Arbeitskreis registrierte mit Sorge, daß Bekenner zu Werten Volk, Nation und Vaterland als Faschisten verdächtigt, als unverbesserlich abqualifiziert oder mit dem Etikett ‚reaktionär‘ oder ‚rechtsradikal‘ versehen werden“. Notwendig sei eine offene, geistige Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Da diese jahrelang verpönt, unterlassen und vernachlässigt worden sei, sei der Boden für die „konfusen politischen Vorstellungen der Republikaner“ bereitet worden, klagte Bleckmann.

„Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, daß gegenwärtig ein neues Bewußtsein vom Wert der eigenen Nation, der eigenen Sprache und Kultur die politische Diskussion herausfordert“, sagte er. Wenn Frieden und Einheit Voraussetzungen für das Leben der Nation seien, dann diene die Gemeinschaft freier Nationen auch der deutschen Nation. Bleckmann: „Sich mit Deutschland und Europa auseinanderzusetzen, Chancen und Verpflichtungen aufzuzeigen, ist angesichts aktueller Entwicklungen in den deutschen Beziehungen zwingend geboten.“

Übersteigertes nationales Bewußtsein habe in der deutschen Geschichte verheerende Folgen gehabt. Daher sei es für den EAK wichtig, über „Deutschland in Europa“ nachzudenken, auch um der „Verantwortung in der Welt“ gerecht zu werden. „In diese Betrachtungen muß auch die Frage der Bedeutung unserer Nationalhymne einbezogen werden, wenn wir unsere Geschichte vollständig verstehen wollen. Auch hier laufen wir Gefahr, zu vordergründig

oder gar zu oberflächlich zu urteilen oder zu verurteilen“, sagte Bleckmann.

Mit dem Blick auf ein zusammenwachsen Europas sei die Diskussion um den Wert einer Nation keineswegs erledigt. Die jeweiligen Nationalstaaten in einem übernationalen Europa würden nicht vom Erdboden verschwinden. Deshalb werde die Diskussion um eine Nation weitergeführt werden müssen.

EAK Rotenburg/Wümme

Vortrags- und Gesprächsabend zum Thema

»Was uns Martin Luther heute zu sagen hat«

Referent: **Karl Manzke**, Stade
Landessuperintendent für den Sprengel Stade

Ort: **Gaststätte Franz Helberg**
Am Neuen Markt 8, 2720 Rotenburg/Wümme

Termin: **Mittwoch, 29. November 1989, 20.00 Uhr**

EAK will verstärkt auf sozial-ethische Probleme eingehen

Konstanz. Auf der ersten Sitzung nach der Sommerpause wurden von den Mitgliedern des Vorstandes des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Konstanz die Ziele und Veranstaltungen für das kommende Jahr abgesteckt.

Ein zentrales Thema soll dabei die Hilfe für Aussiedler im Kreis Konstanz sein, wobei vor allem durch praktische Hilfe und Gespräche vor Ort mit den Betroffenen geholfen werden soll. So erklärte die Kreisvorsitzende **Ute Moßbrucker**, wirkliche Hilfe könne nur gegeben werden, wenn man die wahren Probleme kenne und dafür müsse man mit den Menschen sprechen. Dabei sei der EAK die richtige Schaltstelle. Weiter in Planung für die kommende Zeit ist eine Veranstaltung zum Thema „Schulgebet“, wie es von Kultusminister Mayer-Vorfelder gefordert wurde. Im November dieses Jahres soll ferner ein EAK-Gespäch über „Südafrika“ stattfinden und auf Anregung eines der Vorstandsmit-

glieder wird im Frühjahr nächsten Jahres ein Lichtbildvortrag über den Libanon gehalten werden.

Neben diesen praxisbezogenen Themen sollen im EAK zukünftig verstärkt sozial-ethische Grundfragen zwischen Glauben und Politik aufgegriffen werden, wie dies bereits bei dem Thema „Sonntagsarbeit“ der EAK-Studiengruppe Schwarzwald-Bodensee im vergangenen Geschäftsjahr geschah. Auch der viel beschriebene „Kurswandel“ der CDU soll zum Inhalt der kommenden EAK-Arbeit werden. So zeigte sich jedenfalls die

über die erfolgversprechenden Wege zum Eindämmen dieser besorgniserregenden Entwicklung.

Die im Gespräch befindlichen gesetzlichen Maßnahmen (härtere Strafen für Drogenhändler, Schaffen der Möglichkeit zum Einziehen von durch Drogenhandel erworbenem Vermögen, Ausweisung von Dealern mit fremder Staatsangehörigkeit usw.) wurden von den Besuchern unserer öffentlichen Veranstaltung mit Zustimmung zur Kenntnis genommen. Auch die im Versuchsstadium befindlichen Maßnahmen zur Behandlung Drogensüchtiger mit dem Ziel der Rehabilitierung (Methadon-Programm u. ä.) fanden – wenn auch nicht ungeteilte – Zustimmung.

Zusätzlich aber hat mich die Versammlung auch noch beauftragt, Ihnen die Anregung zur Auflage neuer Aufklärungsprogramme nahezubringen. Man verwies dabei auf die offenbar erfolgreiche langandauernde Kampagne zur Aufklärung der Bevölkerung über AIDS. Von einer ähnlich konzipierten Informationswelle über die Gefahren von Rauschgiften im allgemeinen und bestimmter Drogen im besonderen versprechen sich unsere Mitglieder großen Nutzen. Eine solche Kampagne müßte sich nach ihrer Auffassung gezielt an junge Menschen wenden, aber auch Eltern, Lehrer und andere denkbare Bezugspersonen einschließen. Mit großer Intensität und mit Nachdruck sollte diese Aufklärung betrieben werden. Unsere Mitglieder bitten Sie durch mich sehr herzlich, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Die Entwicklung bereitet uns große Sorgen und neben dem persönlichen Engagement jedes einzelnen wird auch die Unterstützung durch die Regierungsstellen beim Kampf für ein Eindämmen des Drogenmißbrauchs erhofft.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn sich Ihr Haus, sehr verehrte Frau Ministerin, noch verstärkt im vorstehend geschilderten Sinne einschalten würde.

Mit verbindlichen Empfehlungen und dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Frankfurt

Arnulf Borsche, Vorsitzender

Vorstandschafft mit der Planung für das kommende Geschäftsjahr sehr zufrieden. Der EAK werde sich durch die kommenden Kirchengemeinderatswahlen und die Neuwahlen des Vorstandes sicher auf ein weiteres ereignisreiches Jahr vorbereiten können, war der allgemeine Tenor.

Maßnahmen gegen den Drogenmißbrauch

Frankfurt. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung schrieb der EAK-Frankfurt an Bundesministerin **Prof. Dr. Lehr** folgenden Brief:

Sehr verehrte Frau Ministerin,

der Evangelische Arbeitskreis der CDU Frankfurt hat sich auf seiner Mitgliederversammlung am 10. Oktober 1989 ausführlich mit dem Thema Rauschgiftsucht und Drogenmißbrauch beschäftigt. Im großstädtischen Raum stellt dies – wie Sie wissen – ein besonders gravierendes Problem dar. Aktueller Anlaß für das Aufgreifen dieses Themas war für uns die neuerliche öffentliche Auseinandersetzung

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Deutschland in Europa – Chance und Verpflichtung	1
Die Nation in ihrem Wert als Teil des Ganzen verstehen	4
Nationale Identität, deutsche Frage, Europa – eine Quadratur des Kreises	5
Verhältnis Ost und West – Was können wir tun?	6
Zusammenarbeit zwischen Ost und West	7
Die Kirche für den notwendigen Dialog mit der Führung der DDR stärken	8
Von der Reformation zur Revolution. Thomas Müntzer zum 500. Geburtstag	9
EKD-Synode: Bündnispartnerschaft von Frauen und Männern	11
Kurz notiert	14
Aus unserer Arbeit	15

Unsere Autoren

Bundesminister
Dr. Gerhard Stoltenberg
Hardthöhe, 5300 Bonn 1

Prof. Dr. Trutz Rendtorff
Linastr. 3 a, 8000 München 71

Albrecht Martin
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Prof. Dr. Heinz Duchhardt
Westfälische
Wilhelms-Universität
Domplatz 20-22
4400 Münster

Bundesminister
Dr. Jürgen Warnke
Karl-Marx-Straße
5300 Bonn 1

Michaela Geiger, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Christoph Mezger
Brüsseler Str. 11
5300 Bonn 1

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor dem Rathaus Schöneberg

Liebe Berlinerinnen und Berliner, liebe Landsleute in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland,

hier auf diesem Platz vor dem Schöneberger Rathaus sind seit über vierzig Jahren Berlinerinnen und Berliner zusammengekommen, um für Frieden und für die Freiheit dieser Stadt zu demonstrieren. Sie sind gekommen, um immer wieder in diesen Jahrzehnten die Botschaft des Friedens, die Botschaft des guten Willens, die Botschaft der Bereitschaft zum Miteinander deutlich werden zu lassen.

Heute ist ein großer Tag in der Geschichte dieser Stadt, und heute ist ein großer Tag in der deutschen Geschichte. Wir haben für diesen Tag gearbeitet, wir haben ihn herbeigesehnt. Wir sehen die Bilder vor uns vom Brandenburger Tor, von überall, wo in diesen Stunden Menschen aus der DDR zu uns kommen können und die Bürger dieser Stadt und die Bürger unserer Bundesrepublik Deutschland in den anderen Teil Deutschlands gehen können – ohne Kontrolle, ohne staatliche Gewalt, ihrem freien Willen, ihrem Wollen entsprechend.

Wir sollten auch jetzt und in dieser Stunde auf diesem Platz an die vielen denken, die ihr Leben an der Mauer ließen. Wir sollten dies tun in einem Augenblick, in dem diese Mauer endlich fällt. Es ist ein historischer Augenblick für Berlin und für Deutschland. Und, meine Damen und Herren und liebe Berlinerinnen und Berliner, wir alle stehen jetzt in einer großen Bewährungsprobe. Wir haben in diesen Tagen von unseren Landsleuten drüben in der DDR, in Ost-Berlin, in Leipzig und Dresden, in vielen Städten, immer wieder eine Botschaft der Besonnenheit erfahren, eine Botschaft, die sagt, daß in dieser glücklichen, aber auch schwierigen Stunde in der Geschichte unseres Volkes es wichtig ist, besonders zu bleiben und klug zu handeln.

Klug handeln heißt jetzt, das ganze Gewicht der weltpolitischen, der europäischen und der deutschen Entwicklung zu sehen. Wer wie wir, die wir gerade aus Warschau hierher gekommen

sind, dort empfunden hat, was der Reformprozeß in Ungarn und in Polen möglich gemacht hat, der weiß, daß es jetzt gilt, mit Bedachtsamkeit Schritt für Schritt den Weg in die gemeinsame Zukunft zu finden. Denn es geht um unsere gemeinsame Zukunft.

Es geht um die Freiheit für uns alle und vor allem für unsere Landsleute drüben in der DDR in allen Bereichen ihres Lebens. Und die Menschen in der DDR haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung, auf eine wirklich freie Presse, auf freie Bildung von Gewerkschaften, auf freie Gründung von Parteien und ganz selbstverständlich, wie es der Charta der Vereinten Nationen und den Menschenrechten entspricht, auf freie, gleiche und geheime Wahlen. Unsere Landsleute sind dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen. Und sie haben dabei unsere volle Unterstützung. Und ich appelliere auch hier von dieser Stelle, wie am Donnerstag im Deutschen Bundestag, an die Verantwortlichen in der DDR: Verzichten Sie jetzt auf Ihr Machtmonopol, reißen Sie sich ein in jenen Reformgeist, der heute schon in Warschau, in Polen die Zukunft dieser Völker sichert! Geben Sie den Weg frei für die Willensbildung des Volkes durch das Volk und für das Volk!

Und, meine Damen und Herren, ich bekenne hier auch erneut für die Bundesrepublik Deutschland, daß wir bereit sind, im Rahmen des uns Möglichen diesen Prozeß zu unterstützen. Eine DDR, die voranschreitet in den Reformen mit dem Ziel von mehr Freiheit, von Hilfe für die Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft, unterstützen wir ganz selbstverständlich aus unserer moralischen Verpflichtung für die Einheit unserer deutschen Nation. Ich bin sicher, wenn diese Reformen eintreten und wenn die DDR auf diesem Weg vorangeht, dann werden auch unsere Landsleute dort, die sich jetzt mit dem Gedanken tragen, die DDR zu verlassen, in ihrer angestammten Heimat blei-

ben. Sie wollen dort zu Hause ihr Glück finden. Und viele von denen, die in diesen Tagen den Weg zu uns fanden, werden bereit sein, am Weiterbau und Aufbau ihrer eigentlichen Heimat mitzuhelfen. Und wir, die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, wollen sie dabei von Herzen unterstützen. Und niemand darf dabei abseits stehen.

Die Bilder dieser Wochen und Tage zeigen uns unsere Pflicht. Und so will ich allen in der DDR zurufen: Ihr steht nicht allein, wir stehen an eurer Seite, wir sind und bleiben eine Nation, und wir gehören zusammen. Und wir sind dankbar, daß uns auf diesem Weg unsere Freunde und Partner in der Welt helfen, daß sie uns unterstützen, daß sie mit uns solidarisch sind. Wir danken unseren amerikanischen, britischen und französischen Freunden für ihre Unterstützung und Solidarität, die für die Freiheit des freien Teils Berlins in den letzten Jahrzehnten existentiell war. Ohne ihre Standfestigkeit hätten wir diesen Tag heute so nicht erlebt. Und unser Respekt gehört dem Generalsekretär Michail Gorbatschow, der mit uns gemeinsam sich in der Bonner Erklärung im Juni zum Selbstbestimmungsrecht der Völker ausdrücklich bekannt hat.

Berlinerinnen und Berliner, der Geist der Freiheit erfaßt heute ganz Europa: Polen, Ungarn und jetzt die DDR. Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Grundrecht des Menschen. Wir fordern dieses Recht für alle in Europa, wir fordern es für alle Deutschen. Ich appelliere in dieser Stunde an alle unsere Landsleute, daß wir jetzt wollen im Herzen eins sein, miteinander solidarisch die Zukunft gestalten, jetzt zusammenstehen und gemeinsam die Hilfe gewähren denen, die Hilfe brauchen. Und wir wollen diesen Weg gehen mit heißem Herzen und kühlem Verstand. Es geht um Deutschland, es geht um Einigkeit und Recht und Freiheit. Es lebe ein freies deutsches Vaterland, es lebe ein freies einiges Europa!